

SOUVERÄN

Senjoren
Unlon **CDU**

Verleihung der Goldenen Medaille
anlässlich „30 Jahre Mauerfall“

14. Oktober 2019
Französische Friedrichstadtkirche



**Verdienter Lohn
für mutige
Entscheidungen**

GERADLINIGKEIT, VON UNS GERETTET.



Revolutionäre Ideen können sich auch in der Architektur widerspiegeln – ein Beispiel hierfür ist das sogenannte Bauhaus. Die Deutsche Stiftung Denkmalschutz setzt sich darum auch für den Erhalt zahlreicher Meisterwerke der Bauhaus-Schule ein.



Bildnachweis: © Florian Monheim – Bildarchiv Monheim

**Wir erhalten Einzigartiges.
Mit Ihrer Hilfe!**

Spendenkonto
IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG
www.denkmalschutz.de



**DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ**

Wir bauen auf Kultur.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cd�.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz,
Alexander Lenders
Verlagsleiter: Gunter Rowe
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und Mandatsträger

Leserzuschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Eschenstraße 17
83233 Bernau/Chiemsee
Telefon 08051-6401271
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Tobias Hans, Beate Henes-Karnahl,
Julia Klöckner, Dr. Stefan Luft,
Denise Nüsse, Claudia Oberholz,
Prof. Dr. Thomas Scheffer,
Susanne R. Wellmann, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
Tobias Adam, BMEL, Martin Becker,
Deutsches Zentrum für Luft- und
Raumfahrt, Hungary helps, Adobe
Stock/fotolia, Stiftung Bauhaus
Dessau, Ulrich Winz

Titelfoto: Martin Becker
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.



6

6 Ungarn stand Pate zu Beginn der Freiheit
30 Jahre nach dem Mauerfall verlieh die Senioren-Union in einem feierlichen Festakt in Berlin ihre Goldene Verdienstmedaille an Miklós Németh und István Horváth. Sie würdigte damit den Beitrag der beiden Ungarn, die 1989 „den ersten Stein aus der Mauer“ geschlagen hatten.

12 Ungarn hilft
Die Magyaren verfolgen den Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“. Ein spezielles Hilfsprogramm namens „Hungary helps“ bündelt die verschiedenen Aktivitäten.

14 Deutsch – eine Frage des Bekenntnisses
Brauchen wir einen neuen, zeitgemäßen Begriff der Nation? Ein Beitrag des saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans.

16 Großer Schaden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
Was ist die sogenannte „Identitätslinke Politik“ und welche Folgen hat sie? In den USA jedenfalls hat sie zur Spaltung der dortigen Gesellschaft wesentlich beigetragen.

18 Woher rührt die Zuspitzung im gesellschaftlichen Diskurs?
Die Probleme der Gegenwart sind komplex. Wie können wir trotzdem eine weitere Polarisierung der gesellschaftlichen Diskussionen vermeiden?

22 „Wir wollen die Ernährungskompetenzen steigern“
Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, hat eine spezielle Ernährungsinitiative für Seniorinnen und Senioren ins Leben gerufen.

26 Bedrohliche Entwicklung
Alle Welt diskutiert über die Klimaentwicklung. Zeitgleich droht einem Viertel der Weltbevölkerung akuter Wassermangel.

28 Herausforderung E-Scooter
Kleine elektrische Verleih-Scooter als Alternative zum Automobil in Innenstädten? Eine Annahme, die sich bislang nicht zu bestätigen scheint.

30 Wenn der Bus kommt wie gerufen
Die interessante Bilanz eines ÖPNV-Projektes im baden-württembergischen Schorndorf.

34 Die Plastikschwemme in den Weltmeeren
Über 90 Prozent des Plastikmülls in den Weltmeeren stammen aus neun Flüssen in Asien und Afrika. Doch auch Europa ist beteiligt – indirekt ...



- 35 Aus der Senioren-Union
- 36 Nachrichten aus der Europäischen Senioren-Union (ESU)
- 38 Leserbrief
- 38 Buchtipps

E

*Ich mußte dann Sie hören,
wie Sie über diesen und jenen*

Ende November wird die CDU in Leipzig auf ihrem Parteitag über die Leitfragen eines neuen Grundsatzprogramms beraten. Es soll zum Schluss Antworten geben auf die politischen Herausforderungen der kommenden Jahre, die den Menschen wieder berechtigten Mut und ein gerüttelt' Maß an Hoffnung geben, mit all' ihren gefürchteten Schwierigkeiten fertig zu werden. Wie können wir unser Leben in Sicherheit erhalten, wie gestalten wir den technologischen Wandel zum Wohle der Menschen, wie halten wir unsere Gesellschaft zusammen, wie erhalten wir Freiheit und fördern Verantwortung, und wie schließlich werden wir als starke Volkspartei der Mitte kräftig genug bleiben, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes die entscheidenden Weichen für unsere Zukunft zu stellen. So lauten nur einige Überschriften des anspruchsvollen Katalogs der Themen für den Parteitag. Eine erfolgreiche Umsetzung der uns gestellten Aufgaben wird aber davon abhängen, wie wir die Menschen überzeugen, dass die CDU am ehesten in der Lage ist, ihre Hoffnungen auf Sicherheit und Wohlstand zu erfüllen. Dazu gehört nun einmal weit mehr, als sich mit der Verabschiedung eines Programms zufrieden zu geben. Dann beginnt erst die Debatte in der Öffentlichkeit. Sie muss sachlich und ohne festgelegtes Schwarz-Weiß-Denken geführt werden, wohlgermerkt mit den Bürgern vor Ort, um deren Zustimmung wir ringen müssen. Ganz wesentlich muss sein, dass die Union wichtige Stimmungen in der Bevölkerung aufnimmt und dabei eine Funktionsfähigkeit entwickelt, die die Menschen davon überzeugt, dass ihr

Programm trägt und ihnen hilft, ihre Sorgen zu mindern und ihnen neue Zuversicht zu geben. Natürlich spielen die neuen sozialen Medien bei der Vermittlung politischer Programme eine gewichtige Rolle, die wir uns vor geraumer Zeit überhaupt noch nicht vorstellen konnten. Informationen unterschiedlichster Art, teilweise mit verheerenden Falschmeldungen durchsetzt, erreichen neuerdings in unendlicher Vielzahl die Bevölkerung. Es ist unbestritten, dass bei einer solchen Informationsflut es für die Menschen immer schwerer wird, sich von der Politik ein nüchternes und verständliches Bild zu machen. Das fördert Unzufriedenheit und Misstrauen bei den Wählern, die sich übergangen fühlen. Umso mehr bietet sich für eine Volkspartei wie die CDU die Chance, mit der Vielzahl ihrer Mitglieder weit mehr als ihre Konkurrenz die Nähe zum Wähler zu finden und sich zum Gespräch anzubieten. Es ist nicht wahr, dass die Menschen die Beziehung zur Politik verloren haben. Das Gegenteil ist festzustellen. Hohe Besucherzahlen bei Informationsveranstaltungen zu kulturellen, medizinischen und sozialen Fragen geben ein untrügliches Signal dafür, wie der Dialog mit den Menschen belebt werden kann, so die Themen interessant sind. Wenn von uns in gleicher Weise Angebote zu politischen Diskussionen offeriert werden, die neugierig machen und wir uns dabei vorrangig als Zuhörer verstehen, dann endlich stehen sich Wähler und Politiker unmittelbar gegenüber und tauschen ihre Argumente aus, die vor der abendlichen Mattscheibe im Wohnzimmer unpersönlich bleiben und ausgeblendet werden. Es ist erschreckend, dass zwischenzeitlich die

stetig ansteigende Zahl von Talkshows weit mehr zur politischen Meinungsbildung beiträgt, als das in vergangenen Zeiten der Fall war, in denen die Volksvertreter aus Gemeinde, Stadt, Land und Bund regelmäßig in Versammlungen Rede und Antwort standen. Solche Art der Auseinandersetzung hat deshalb nachgelassen, weil man es vielerorts erst gar nicht mehr versucht. Allein als politischer Gast durch bloße Anwesenheit Eindruck zu schinden, schafft Verdruss. Man versuche stattdessen, selbst mit aktuellen, die Menschen berührenden Themen Emotionen zu wecken, die eine erfrischende Diskussion erwarten lassen. Ideen sind gefordert und der Mut sich zu stellen, und zwar als Disputant für jedermann. Wer von den Gedanken der Menschen erfahren will, der sollte einmal mehr dem Volk aufs Maul schauen, einem Politiker hat das noch nie geschadet. Dem Volk dagegen vorrangig via Twitter und Facebook zu begegnen oder unter der Ägide sich keck gebender Moderatorinnen und Moderatoren durch abendliche Talkshows zu tingeln, mag den Promifaktor steigern, allein Wahlen gewinnt man eher, wenn man dem Wähler von Angesicht zu Angesicht gegenübersteht und in Rede und Widerrede seine Politik begründet. Das alles ist zwar anstrengender, aber als vertrauensbildende Maßnahme gewiss erfolgreicher. Es bleibt eine Binsenwahrheit: Demokratie braucht Vertrauen zwischen Regierenden und Regierten. Noch sind wir eine Demokratie und keine zur Mediokratie mutierte Staatsform.

Es bleibt dabei: Wenn die Union am Ende ihr Grundsatzprogramm verabschiedet hat, dann muss unverzüglich darüber die

Diskussion mit dem Bürger beginnen und nicht erst im Wahlkampf. Wer meint, nur im „Sichsehenlassen“ die gewünschten Stimmen zu gewinnen, ist auf dem Holzweg. Alle Vertreter der Union sollten alsbald ein weit sichtbares Beispiel dafür geben, die Leute dort abzuholen, wo sie ihre Heimat haben und sich zuhause und geborgen fühlen. Das ist keine altmodische und hausbackene wie überholte Methode im politischen Alltag aus der Wahlkampfzeit von anno dunnemal. Im Gegenteil, sie ist die altbewährte, unverwechselbare und von den Menschen gewünschte Mitmachbewegung für ein Leben in einer lebendigen und freien Gesellschaft. Hier muss die Union ihren angestammten Boden zurückgewinnen, auf dem freie Bürgerinnen und Bürger ihren unverrückbaren Platz haben und denen radikale Schaumschläger von Rechts und Links ein Gräuel sind. Der stärkste Pfeiler steht in der Mitte, so ist es nun mal, und so wird es auch bleiben!

Zum Schluss noch eine grundsätzliche Bemerkung, gewissermaßen als Annex zur Versachlichung der Debatte auf dem Parteitag. In letzter Zeit wird von manchen CDU-Vorderen und solchen, die sich ebenfalls dazu zählen, eine „Überalterung“ der CDU beklagt, und zwar in der Regel mit einem gekünstelt kummervollen Unterton, als sei „Überalterung“ schon ab 60 Jahre mit negativen Vorzeichen für die Union verbunden, konkret gesprochen, für die Partei belastend und nicht erfolgversprechend. Würde man dagegen statt „Überalterung“ von „Unterjüngung“ sprechen, wäre das in der Realität der gleiche Tatbestand, nur der Klänge dann weniger bedrohlich. Was

aber ist an einer Partei mit mehr Älteren eigentlich auszusetzen, außer dass diese Klage häufig von denen stammt, die die ewige Jugend wie an einem Gummiband hinter sich herziehen und als alberne „Anti-Aging-Erwachsene“ von jungen Menschen zurecht verlacht werden. Was wäre wohl aus manchen Parteigranden geworden, die in bedeutende Regierungspositionen gelangt sind, wenn sie von den Älteren bei der Wahl nur den Prozentsatz der Stimmen bekommen hätten, den ihnen die Jungen zubilligten. Wie treffend titelte doch kürzlich eine bekannte seriöse und überregionale Tageszeitung: „Ältere retten die CDU im Lande xy“ (Name des Bundeslandes ist der Redaktion bekannt). Wie nun kann man verfahren mit der „Überalterung“? Rauswerfen aus der Partei kann man die Älteren nicht. Wegen der Satzung natürlich, andernfalls flögen die „Unüberalteten“ wegen fehlender „Überalterung“ aus der Regierung und sonstigen Ämtern.

Zur Lösung eines Teilproblems macht die Senioren-Union der CDU einen Vorschlag. In jedem Orts- und Kreisverband laden Senioren-Union und Junge Union im Verbund junge und ältere Damen und Herren zu Diskussionsrunden ein, in der über alles und jedes diskutiert werden kann, sogar auch die Fetzen fliegen können. Die Großeltern-Enkel-Achse ist an Sympathiewerten von keinem zu kippen. Es wäre schon deshalb einen Versuch wert, als die Jüngeren manchem Politnörgler der „Überalterung“ raten würden, im eigenen Interesse und dem der Union, mit Verlaub, die Klappe zu halten.



Dr. Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundsvorsitzender
der Senioren-Union
der CDU Deutschlands

Ungarn

STAND PATE
ZU BEGINN DER FREIHEIT
FÜR ALLE EUROPÄISCHEN VÖLKER



Prof. Dr. Otto Wulff (r.),
Bundesvorsitzender
der Senioren-Union,
würdigte die Verdienste
der beiden Preisträger
Miklós Németh und
István Horváth in den
dramatischen Tagen
des Jahres 1989.

Miklós Németh

Der Ministerpräsident von Ungarn, Jg. 1948, hat Volkswirtschaft in Budapest und an der Harvard-Universität in Amerika studiert. Von 1988 bis 1990 war er Ministerpräsident, danach Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Er gehörte zum damaligen Reformflügel der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (ungarisch: Magyar Szocialista Munkáspárt, MSZMP). Németh wurde 2001 mit dem Bundesverdienstkreuz, 2009 mit dem Verdienstorden der Republik Ungarn (Großkreuz) und 2014 mit dem Point-Alpha-Preis für Verdienste um die Einheit Deutschlands und Europas in Frieden und Freiheit ausgezeichnet. Letzterer wird vom Kuratorium Deutsche Einheit e.V. vergeben.

István Horváth

Dr. István Horváth, Jg. 1943, hat auch Volkswirtschaft studiert, Fachrichtung Finanzökonomie. Promotion 1967, danach Tätigkeiten im Außenhandel in Ost- und Westeuropa und Lehrtätigkeit an der Universität Budapest sowie wirtschaftspolitische Beratung der ungarischen Regierung. 1983 zunächst Botschafter in den Niederlanden, von 1984 bis 1991 in der Bundesrepublik. Danach erneut Beratungstätigkeiten, von 2003 bis 2010 ungarischer Botschafter in Österreich. Mehrere Auszeichnungen, darunter das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband der Bundesrepublik und das Große Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich. Mehrere Buchpublikationen.



Für herausragende Verdienste
um Versöhnung und Verständigung
unter den Völkern wird

Am 14. Oktober lud die Senioren-Union zur Verleihung ihrer Goldenen Verdienstmedaille an Miklós Németh und István Horváth in die Französische Friedrichstadtkirche am Gendarmenmarkt in Berlin. Eingedenk des Jahrestages „30 Jahre Mauerfall“, würdigte sie den Beitrag der beiden Ungarn, die 1989 „den ersten Stein aus der Mauer“ geschlagen hatten, wie es der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl formulierte. Ein würdiger Rahmen für zwei Menschen, die damals der Freiheit eine Bresche schlugen ...

„Bald – und du hast alles vergessen. Bald – und alles hat dich vergessen.“ Mit diesen tiefgründigen Worten des römischen Kaisers und Philosophen Marc Aurel (bzw. Marcus Aurelius) mochte sich der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, so gar nicht abfinden. Diese Worte hätten ihn schon in jungen Jahren nachdenklich gemacht, weil sie „Selbstzweifel und Achtlosigkeit aufkommen ließen für das, was einmal mit großer Mühe geleistet worden war“.

Ganz in diesem Sinn gelte es den Leistungen zweier Männer Lob und Dankbarkeit zu zollen, die vor 30 Jahren mit mutigen politischen Entscheidungen eine historische Wende mitbegründet haben. „Welche Erinnerungen an den 3. Oktober 1990 werden in uns wach, als Hunderttausende vor dem Reichstag und dem Brandenburger Tor um Mitternacht voller Begeisterung das Lied ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ anstimmten?“ fragte der SU-

Bundesvorsitzende. Bundespräsident Richard von Weizsäcker wurde umjubelt, als er allen unseren Nachbarn im Westen wie im Osten, im Süden wie im Norden im Namen aller Deutschen den großen Dank aussprach für ihre Hilfe bei der Verwirklichung unserer Freiheit in einem geeinten Vaterland.

Zwischenzeitlich sind nun bald 30 Jahre vergangen, sagte Wulff. Viele der Teilnehmer an der mitternächtlichen Stunde lebten nicht mehr, und es sei eine ganze Generation von Menschen groß geworden, die damals noch nicht einmal geboren waren. „Die Zeiten haben sich geändert, gewiss auch die Menschen mit neuen und anderen Sorgen“, so der SU-Chef. „Aber vergessen? Wir, die Deutschen, brauchen wie alle anderen Nationen auf der Welt auch Fixpunkte, die auf gute Taten, Leistungen und außergewöhnliche Erfolge bedeutender Frauen und Männer hinweisen, die sie unter dem Gebot der Freiheit und der Menschen-

PROGRAMM

Verleihungsveranstaltung
anlässlich „30 Jahre Mauerfall“

14. Oktober 2019 | 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr
Französische Friedrichstadtkirche,
Gendarmenmarkt, Berlin



Französische Fr



CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak sprach eine kurze Laudatio.

Würdigung durch den Generalsekretär

Für den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, der an diesem Tag an einem Gedenkgottesdienst für die Opfer des schrecklichen Terroranschlags in Halle an der Saale teilnahm, sprach der Generalsekretär der CDU, Paul Ziemiak, würdige Worte. Er dankte den vielen Menschen, „die in den 1980er Jahren zu den Rissen im Eisernen Vorhang beigetragen haben“, und lobte insbesondere die Preisträger Miklós Németh und István Horváth „für ihren großen Mut in dieser Zeit“, denn: „Nichts war selbstverständlich. Dass sie damals den vielen tausend DDR-Bürgern den Grenzübertritt ermöglichten, sei auch ein entscheidender Beitrag dazu gewesen, „dass heute Millionen Menschen in den ehemaligen Ostblock-Staaten in Frieden und Freiheit leben können“. Ziemiak dankte der Senioren-Union zutiefst für die Stiftung der Goldenen Verdienstmedaille. Ihre Verleihung sei immer auch zugleich „ein Appell an die Menschen, dass Freiheit und Sicherheit keine Selbstverständlichkeit seien, sondern immer wieder neu erkämpft werden müssten“.



Prof. Dr. Horst Teltschik, auch einer der Architekten der Deutschen Einheit, entführte das Auditorium auf eine Zeitreise in die späten 1980er Jahre.



Die Außenminister Österreichs und Ungarns, Alois Mock (l) und Gyula Horn, durchschneiden am 27. Juni 1989 den „Eisernen Vorhang“.

würde erbracht haben und die zur Ehre ihres Volkes gereichten.“ Und dazu gehörten für uns Deutsche nun mal der 3. Oktober 1990 (Anm. der Red.: Tag der Wiedervereinigung) und „der Fall der Mauer, den – wohlgerneht – unsere ostdeutschen Landsleute allein erkämpft haben“. „Doch nicht vergessen dürfen wir dabei“, so Wulff, „dass ihr historischer Erfolg begünstigt wurde durch eine Entscheidung, die am 11. September 1989 mehr als 25.000 ostdeutschen Landsleuten den Weg in die Freiheit eröffnete.“

Damit zielte der Bundesvorsitzende auf die damalige mutige Entscheidung der ungarischen Regierung, den „Eisernen Vorhang“ zwischen Österreich und Ungarn am 11. September 1989 zu öffnen. Bundeskanzler Helmut Kohl habe die dramatische Entwicklung später in die Worte gefasst: „Ungarn hat den ersten Stein aus der Mauer geschlagen.“ Wulff betonte, dass die Entscheidung der ungarischen Regierung angesichts des Bedrohungspotenzials im

Warschauer Pakt einen außergewöhnlichen Mut der Entscheidungsträger erfordert habe, die infolge der politischen und militärischen Umklammerung auch mit großen persönlichen Gefahren rechnen mussten. Mit der Überreichung der Medaille wolle die Senioren-Union hervorheben, dass „wir die brüderliche Hilfe Ungarns in schwieriger Zeit nicht vergessen haben und dafür danken möchten“, sagte Wulff. Alle Deutschen hätten damals einen ihrer größten Freudentage in der Nachkriegsgeschichte erlebt. „Ungarn stand Pate zu Beginn der Freiheit für alle europäischen Völker, das bleibt ein historischer Tatbestand in Europa. Wir, die Deutschen, sind deshalb Miklós Németh und István Horváth zu großem Dank verpflichtet“, sagte Wulff. „Die ältere Generation in diesem Land weiß ihr Handeln umso mehr zu würdigen, als sie vom Wert der Freiheit weiß, weil sie Unfreiheit erdulden und erleiden musste.“ Bewegt dankte Miklós Németh auch im Namen von István Horváth dafür, „dass nicht nur der



Erinnerung an bewegte Zeiten: im Vordergrund Lothar de Maizière, der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR



Michail Gorbatschow erhielt 2014 die Goldene Verdienstmedaille der Senioren-Union, die laut Statut für „besonders hervorragende Leistungen im Bereich der Völkerverständigung“ verliehen wird.

Dank auch an Gorbatschow

Der Vorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, erinnerte im Vorfeld und während der Verleihungsveranstaltung in Berlin daran, dass Michail Gorbatschow als einer der Väter der deutschen Einheit stets für die Versöhnung zwischen Ost und West eingetreten ist. Deshalb habe die Senioren-Union dem Friedensnobelpreisträger 2014 die „Goldene Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern“ in Berlin verliehen. Die Senioren-Union der CDU unterstützt daher die Mahnung des früheren Staatspräsidenten der Sowjetunion nach einer politischen Annäherung Deutschlands an Russland. Gorbatschow hat in einem neuen Buch eine zunehmende „gegenseitige Entfremdung“ kritisiert. „Gorbatschow hat recht, dass wir einen neuen Anlauf zur Versöhnung mit Russland machen müssen, um Frieden und Freiheit in Europa dauerhaft zu bewahren“, sagte Wulff in Berlin. Sein neues Buch, im September erschienen, heißt „Was jetzt auf dem Spiel steht – Mein Aufruf für Frieden und Freiheit“, Siedler-Verlag, München, 2019, ISBN: 978-3-8275-0128-8, Hardcover, 18,- Euro.



Zuvor hatte Prof. Dr. Horst Teltschik, stellvertretender Chef des Bundeskanzleramts in dieser bewegten Zeit, einen detaillierten Einblick in die Geschehnisse und Hintergründe der Jahre 1988 bis 1990 gegeben. Er begann mit der Erinnerung an die Ausgangslage der 1980er Jahre, als die Aufstellung von SS-20-Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion und die Antwort des Westens in Form des NATO-Doppelbeschlusses jegliche Annäherung an die Warschauer-Pakt-Staaten in weite Ferne zu rücken schienen. Gleichwohl hielt Helmut Kohl am Ziel einer Fortsetzung der Entspannungspolitik fest und reiste im Juli 1984 nach Budapest, weil die dortige Führung „als nur begrenzt dogmatisch“ galt. Schon damals signalisierte Botschafter István Horváth „unverblümt, dass sich in Ungarn wirtschaftlich und politisch alles verändern müsse“, erinnerte sich Teltschik.

Aus diesen Kontakten entwickelte sich eine kontinuierliche Reihe von Gesprächen und

deutsche Staat, sondern auch die deutsche Zivilgesellschaft heute die damaligen Ereignisse würdigen“. 1989 sei ein Jahr „der gründlichen Analysen und mutigen Entscheidungen gewesen“. Die ungarische Führung habe damals „einen riskanten Weg beschritten, manche Entscheidungen seien mangels historischen Vorbilds aus dem Bauch heraus getroffen worden“ und basierten auf dem persönlichen Wertekanon der Verantwortlichen, zu dem an vorderster Stelle das Thema Menschenwürde gehört habe. Hunderte von Stasi-Agenten hätten damals das Land überschwemmt und – mit Blick auf mögliche Aktionen auch anderer osteuropäischer Geheimdienste – zu einer persönlichen Bedrohungslage geführt. Németh berichtete aber auch, dass es ein großes Vertrauen der handelnden Akteure an der Spitze gegeben habe. „Ohne dieses Vertrauen zu Gorbatschow und Kohl wäre das alles nicht möglich gewesen“, so der damalige ungarische Ministerpräsident.

Buchtip

Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden

Als außenpolitischer Berater Helmut Kohls und langjähriger Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz überblickt Horst Teltschik die internationale Politik der letzten Jahrzehnte wie nur wenige andere. In seinem neuesten Buch zeigt er, wie die Chancen von 1989/90 auf eine stabile internationale Friedensordnung verspielt wurden. Die NATO und Russland befinden sich in einer Eskalationsspirale, die nicht selten an Sandkastenspiele trotziger Kinder erinnert: Truppen werden an die Grenze verlegt, die Militärs führen Manöver durch, die jeweils klar gegen den anderen gerichtet sind, es wird aufgerüstet, und von gegenseitigem Vertrauen ist nichts mehr zu spüren. Wie konnte es so weit kommen? Horst Teltschik erinnert daran, welche ungeahnten Chancen sich 1989/90 ergaben, eine dauerhafte Friedensordnung zu schaffen, und erklärt, warum nichts daraus wurde. Dabei zeigt sich, dass die NATO mehr Grund zur Selbstkritik hätte und die russischen Handlungen nicht nur, aber auch Reaktionen auf das Verhalten des Westens sind. Man solle Russlands Aggression der letzten Jahre weder gutheißen noch verteidigen, doch die gegenwärtige Konfrontationspolitik der NATO müsse dringend durch Kompromissbereitschaft und Verhandlungsangebote ergänzt werden, so der Autor.

Horst Teltschik: Russisches Roulette – Vom Kalten Krieg zum Kalten Frieden, C.H. Beck-Verlag, 2019, ISBN 978-3-406-73229-4, 234 S., 16,95 Euro.

Der Veranstaltungsort am Gendarmenmarkt in Berlin



Im festlichen Rahmen bot die Senioren-Union dem Auditorium eine beeindruckende Veranstaltung.

Verhandlungen, die zum einen in erste Schritte wie die von DDR-Seiten überaus heftig kritisierte Gründung eines Goethe-Instituts in Budapest, zum anderen aber auch in die Bewilligung eines Milliardenkredits für das Land an der Donau mündeten. In den Gesprächen hinter den Kulissen bekräftigten die Ungarn immer wieder den ausdrücklichen Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und der Europäischen Union. Teltschik ist in der heutigen Rückschau noch immer beeindruckt: „Mit den Plänen zur stufenweisen Einführung eines Mehrparteiensystems war die KP Ungarns die erste kommunistische Partei, die bereit war, eigene Macht abzugeben und dies auch in der Verfassung zu verankern.“ In der Tat gibt es kein historisches Beispiel für den freiwilligen Rücktritt einer Diktatur.

Im März 1989 schloss sich Ungarn der Genfer Flüchtlingskonvention an und garantierte so den Schutz für den einsetzenden Flüchtlingsstrom

aus der DDR (und auch Rumänien). Am 27. Juli 1989 dann entstand ein historisches Foto, das die Außenminister von Ungarn und Österreich, Gyula Horn und Alois Mock, dabei zeigt, wie sie den „Eisernen Vorhang“ durchschneiden. Damit war die Basis geschaffen, der erste Stein aus der Mauer geschlagen, der Boden bereitet für die nachfolgenden Ereignisse in Prag, Leipzig und anderen Brennpunkten der damaligen Zeitenwende. Teltschik erinnerte aber auch an die große menschliche Solidarität, die den wartenden und bangenden DDR-Bürgern damals von den Ungarn zuteilwurde. Sie hofften in Zeltlagern, auf Campingplätzen und in Sommerpensionen auf eine Ausreisemöglichkeit. Im August gab es ein Geheimgespräch auf Schloss Gymnich bei Bonn, um das Botschafter Horváth Horst Teltschik gebeten hatte. Im kleinsten Kreis – Németh, Kohl, die beiden Außenminister Horn und Genscher, Botschafter Horváth und drei enge Mitarbeiter des Bundeskanzlers – wurden die Dinge vorangetrieben. Helmut



Auch nach 30 Jahren: Standing Ovationen für die Preisträger

Kohl berichtete in seinen Memoiren, dass es ihm bei diesem Treffen „kalt über den Rücken gelaufen sei“. Németh hatte bei dieser Gelegenheit die vollständige Grenzöffnung angekündigt, bis Mitte September sollten alle DDR-Bürger aus dem Land ausgereist sein. Auf Kohls Frage nach der Gegenleistung antwortete der ungarische Ministerpräsident laut Teltschik: „Ungarn verkauft keine Menschen.“

„Miklós Németh, István Horváth und seine Freunde hielten Wort“, würdigte SU-Bundesvorsitzender Prof. Dr. Otto Wulff die damals Handelnden. „Der Eisenerne Vorhang zwischen Ungarn und Österreich öffnete sich, 25.000 junge Menschen überquerten die Grenze in die Freiheit. Alle Deutschen erlebten damals dank der Ungarn einen ihrer größten Freudentage in der Nachkriegsgeschichte, Ungarn stand Pate zu Beginn der Freiheit für alle europäischen Völker, das bleibt ein historischer Tatbestand in Europa.“ Mit der Überreichung der „Goldenen

Medaille für Verdienste um Versöhnung und Verständigung unter den Völkern möchten wir nach 30 Jahren aber auch hervorheben, dass wir die brüderliche Hilfe Ungarns in schwieriger Zeit nicht vergessen haben und ihm dafür danken möchten“, so Prof. Dr. Otto Wulff. Deutlich wurde bei allen Reden und Beiträgen zu diesem Tag in der Berliner Friedrichstadtkirche, dass sich alle Akteure noch heute bewusst sind, dass die damaligen Abläufe nur möglich wurden, weil sich in Moskau Michail Gorbatschow ebenfalls an sein Wort hielt, dass sich die Sowjetunion nicht in die inneren Angelegenheiten seiner Partnerstaaten bzw. Bündnispartner einmischen werde. Und klar wurde dank sehr persönlicher Schlussworte von Horst Teltschik auch, dass sich in den bewegten und sicherlich oft nervenzerreißenden Tagen von 1989 tiefe menschliche Freundschaften zwischen den Beteiligten ergeben haben, die bis heute überdauern. Möge sich die aktuelle Politik ein Vorbild daran nehmen. 

Aufmerksame Zuhörer

Die Zeitreise der Senioren-Union in die Tage des Mauerfalls fand viele aufmerksame Zuhörer. So waren Dr. Lothar de Maizière und Dr. Sabine Bergmann-Pohl gekommen, 1990 als Ministerpräsident und Volkskammerpräsidentin die ersten demokratisch gewählten Vertreter der DDR. Marguerite Rabassi vertrat die französische Botschaft, Dr. Péter Györkös die ungarische, auch Dr. Jürgen Sudhoff, zu Wendezeiten Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Ingbert Liebing, Staatssekretär in Schleswig-Holstein, gehörten zum Auditorium. Weitere prominente Namen: Franz Ludwig Graf Stauffenberg, Ex-EU-Parlamentspräsident Dr. Hans-Gert Pöttering, Elmar Brok, langjähriger Europaparlamentarier, Reinhard Freiherr von Schorlemer, Ex-MdB, Dr. Bernhard Worms, Ehrenvorsitzender der Senioren-Union, Tilman Kuban, aktueller Vorsitzender der Jungen Union, Henrik Wärner, Vorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), sowie als Vertreter der Wirtschaft Arndt Günter Kirchhoff, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmensverbände NRW.



Preisträger Miklós Németh und Ex-EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering

Initiativen

| Ungarn hilft

In der Flüchtlingsfrage hat Ungarn seit 2015 bekanntermaßen eine andere Position eingenommen als Deutschland. Die Devise der Magyaren lautet: „Nicht die Sorge soll zu uns gebracht werden, sondern die Hilfe muss dorthin, wo sie gebraucht wird.“



Das kleine Land verfolgt den Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und unterstützt den Bau und Wiederaufbau von zerstörten Häusern, der Infrastruktur, von Schulen und Krankenhäusern, damit Gemeinschaften in ihrer Heimat verbleiben können. Die Gefahr der Migration ist nicht nur durch die sozialen Probleme latent, die sie in den Empfängerländern verursacht. Das ungarische Modell konzentriert sich daher auf die Bekämpfung der Ursachen, die dazu führen, dass ganze Regionen entvölkert werden, Kultur, die als stabilisierendes Bindeglied im sozialen Gewebe dient, zerstört wird und verlorengeht und durch „Brain-Drain“ diese Länder um das Wertvollste beraubt werden, nämlich ihrer Jugend und der Köpfe denkender Menschen. Ungarn hilft vor diesem Hintergrund auf mehreren Wegen. So hat das Land in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Pro-

jekten gerade in den Ländern aufgebaut, wo Christen am meisten verfolgt werden, denn Religionsfreiheit für Christen ist heute keine Selbstverständlichkeit. Nicht in Europa, nicht im mittleren Osten, in Afrika, und wie das tragische Beispiel von Sri Lanka zeigt, auch woanders nicht mehr. Ungarns Geschichte indes ist eng mit dem Christentum verwoben. Um Ungarns Strategie für humanitäre Hilfe zu verstehen, muss man wissen, dass bereits die Gründung des Staates und die Verleihung der Heiligen Krone als „göttliche Fügung“ verstanden wurden. Auch hat Ungarn Hunderte von jungen Menschen, die vor der Christenverfolgung fliehen mussten, ins Land geholt und gewährt ihnen bei voller Kostenübernahme eine Universitätsausbildung, damit sie später ihre Länder wieder aufbauen können. Andererseits wurden im Rahmen der „Ungarn hilft“-Initiative beispielsweise in Telsqif im Irak bereits 200 zerstörte Häuser wieder aufgebaut und über 1.000 Familien konnten nach dem Krieg zurückkehren. In Erbil wurde eine neue Schule gebaut und Krankenhäuser werden mit Medikamenten versorgt. Zielländer sind der Irak und Syrien, Flüchtlingscamps von Jordanien, im Libanon und der Türkei. Ähnliche Projekte laufen in Kenia, im Kongo und in Nigeria. Dank der von der ungarischen Regierung bereitgestellten humanitären und Entwicklungsressourcen konnten rund 35.000 Menschen in ihre Heimat zurückkehren.

Die Regierung Ungarns hat 2018 das Programm Hungary Helps mit dem Ziel aufgestellt, die von Ungarn vorgenommenen humanitären Hilfsmaßnahmen mit einem einheitlichen Erscheinungsbild durchzuführen. Dazu wurde im April 2019 die Agentur Hungary Helps gegründet, eine zu 100 % in Staatseigentum stehende, nicht gewinnorientierte Handelsgesellschaft. Die Agentur soll gewährleisten, dass die Hilfe bei den verfolgten Gemeinden und den Opfern der humanitären Katastrophen schnell und effektiv ankommt. Sie ist nun für alle humanitären Hilfsprogramme der ungarischen Regierung verantwortlich und an der Umsetzung der internationalen Entwicklungspolitik beteiligt. Das Programm umfasst humanitäre Hilfe (bilaterale Hilfe und Unterstützung für verfolgte Christen), einen Soforthilfefond, ein internationales Stipendienprogramm für christliche Jugendliche (SCYP), Kapazitätsaufbau und Projektüberwachung. Ungarn und Deutschland wollen ihre Zusammenarbeit bei solchen Hilfsmaßnahmen vertiefen. Dem diente kürzlich auch ein Besuch des ungarischen Staatssekretärs Dr. Tristan Azbej und des Generaldirektors der Hungary-Helps-Agentur, Gábor Márki, bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und im NRW-Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales. Hieran nahm auch Heinz Soth, Bundesschatzmeister der Senioren-Union der CDU, teil, der sich seit Jahren für die deutsch-ungarische Freundschaft einsetzt. Die Fortsetzung dieser Gespräche auf Regierungsebene ist angesagt.

Weitere Informationen können bei der Landesgeschäftsstelle der Senioren-Union NRW angefordert werden (Wasserstraße 6, 40213 Düsseldorf, E-Mail: senioren-union-nrw.de).



Bundesschatzmeister Heinz Soth engagiert sich seit Jahren für die deutsch-ungarische Freundschaft.



Martin Koch

„Manchmal glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren. Doch damit ist jetzt Schluss!“

Martin Koch von der Initiative PC-Wissen für Senioren

Unsicher am PC? Fragen über Fragen? Und keiner hilft Ihnen richtig weiter? Damit ist jetzt Schluss! Martin Koch von der Initiative PC-Wissen für Senioren **bietet Ihnen jetzt die leicht verständliche Bedienungsanleitung für Ihren Computer**, die Ihnen PC- und Software-Hersteller schuldig bleiben.

Für alle Souverän-Leser 6 Wochen gratis!



Den PC souverän bedienen – ohne immer wieder auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein. Das wünschen sich viele PC-Nutzer im besten Alter. Die Realität sieht aber meist anders aus. Tauchen Probleme am Computer auf, fühlen sich gestandene Männer und Frauen plötzlich wie hilflose Kinder.

Wer nicht ständig einen teuren PC-Spezialisten bezahlen möchte, fragt im Familien- und Freundeskreis um Rat. Doch während sich beim ersten Mal noch hilfsbereit Zeit genommen wird, kommt beim zweiten Mal oft schon: „Ach, das ist doch ganz einfach, das müsstest du doch wissen ...“ Und spätestens beim dritten Mal heißt es: „Das habe ich doch letzte Woche schon erklärt ...“ Da traut man sich irgendwann kaum mehr zu fragen. Dabei ist das ganz falsch! Denn erstens:

Es gibt keine dummen PC-Fragen! Und zweitens: Bisher gab es einfach keine vernünftige Anleitung, die einem den PC ohne Fachchinesisch und ohne unnötigen Technik-Firlefanz erklärt! Oder haben Sie jemals eine echte Gebrauchsanleitung von Ihrem PC-Händler bekommen, wenn Sie sich einen neuen Computer gekauft haben?

Martin Koch von der Initiative PC-Wissen für Senioren sagt dazu: „Es ist einfach unfassbar, dass die Hersteller ihre Milliarden in immer neue (oft unnütze) Software und Technik stecken, es aber nicht schaffen, eine wirklich EINFACHE Gebrauchsanleitung für Anwender beizulegen. Das Einzige, was sie mit ihren ständigen Neuerungen erreichen: dass wir uns vor dem Bildschirm unsicher und hilflos fühlen! Manchmal

glaube ich, die Computer-Industrie hasst Senioren. Doch damit ist jetzt Schluss!“ Koch und seine Initiative haben jetzt die bundesweite Aktion *Fit am PC – in jedem Alter!* gestartet.

„Wir möchten, dass PC-Nutzer jeden Alters ihren Computer souverän nutzen können. Probleme und Pannen werden immer wieder mal auftreten. Das liegt einfach in der Natur der Technik. Doch das ist alles gut zu handhaben, wenn man nur die richtige Anleitung hat. Und die bieten wir jetzt in Form unseres Handbuchs *PC-Wissen für Senioren*. Vollgepackt mit speziellen Schritt-für-Schritt-Anleitungen, behandelt das Handbuch alle wichtigen PC-Themen – von A wie Anhänge per E-Mail versenden über P wie

Pannen lösen bis Z wie ZIP-Datei sicher öffnen. Und zwar in leicht verständlichem, klaren Deutsch – tausendfach erprobt und bewährt. Damit bleiben keine Fragen offen!“, so Koch.

Sie sind herzlich eingeladen! Als Leser von *Souverän* können Sie die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC jetzt 6 Wochen gratis testen. Einfach Coupon unten ausfüllen und gleich absenden.

GRATIS-Test-Coupon einfach einsenden an: Initiative PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, per Fax an: 0228 / 36 96 350 oder Sie bestellen schnell online unter www.pc-wissen-senioren.de/souveraen

GRATIS-Test-Coupon

Die erste wirklich verständliche Bedienungsanleitung für Ihren PC

Ja, bitte schicken Sie mir *PC-Wissen für Senioren* zum kostenlosen 6-Wochen Test zu. Wenn mich der Test überzeugt und ich *PC-Wissen für Senioren* behalten möchte habe ich Anrecht auf den ermäßigten Startpreis: Ich erhalte das 432 Seiten umfassende Handbuch zum Preis von nur 14,95 € statt 64,95 €. Porto und Versandkosten übernimmt der Verlag für mich. Zusätzlich merke ich mich für den Aktualisierungs- und Ergänzungsservice von *PC-Wissen für Senioren* vor. Diesen Service, der mein Handbuch und mich auf dem neuesten Stand hält, erhalte ich für nur 24,97 € pro Ausgabe. Eine Verpflichtung zur Abnahme der Lieferungen entsteht hieraus nicht. Ich kann den Bezug von *PC-Wissen für Senioren* jederzeit ohne Angabe von Gründen und ohne Kündigungsfrist beenden.

SPC7206

Vorname und Nachname

Straße und Hausnummer

Postleitzahl und Ort

Datum und Unterschrift

Gleich einsenden an: PC-Wissen für Senioren, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, oder Fax an **0228 / 36 96 350** Oder Sie rufen uns an unter **Tel.: 0228 / 95 50 170** und nennen den Berechtigungscode SPC7206.

Datenschutzrechtlicher Pflichthinweis: Verantwortlicher ist Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53177 Bonn, Tel: 0228 - 9550-100, E-Mail: info@vnr.de. Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter der o.g. Anschrift sowie unter Tel: 0228 - 9550 66004, E-Mail: Datenschutzbeauftragter@vnr.de. Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie auf unserer Internetseite www.vnrag.de/datenschutz oder auf Nachfrage von uns. Wir halten Sie zu eigenen ähnlichen Produkten per E-Mail auf dem Laufenden (Art. 6 (1) (f) DS-GVO, § 7 Abs. 3 UWG. Wenn Sie das nicht wünschen, können Sie der Zusendung jederzeit (z. B. an die genannten E-Mail-Adressen) widersprechen.

Deutsch

– EINE FRAGE DES BEKENNTNISSES

Wir brauchen einen zeitgemäßen Begriff der Nation – die „Bekenntnisation“. Eine Nation, die alle einschließt, die sich zu ihr bekennen – gleich, welcher Herkunft, welcher Hautfarbe und welcher Religion. Ein Beitrag des saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans (CDU).

Wir müssen wieder über die Nation reden. Zwar stimmt es, dass im Zeitalter der Globalisierung die nationalen Handlungsspielräume eingeengt sind. Richtig ist auch, dass im Zug der europäischen Integration einstige nationale Souveränitätsrechte auf die Ebene der EU verlagert wurden. Ebenso ist unbestreitbar, dass bestimmte Probleme heute nur noch mit internationaler Kooperation zu lösen sind. Das heißt aber längst nicht, dass der Nationalstaat bereits überwunden und damit obsolet geworden ist. Im Gegenteil: Zentrale Politikbereiche sind in Europa und weit darüber hinaus nach wie vor auf der Ebene des Nationalstaats angesiedelt. Und gerade im Zeitalter von Globalisierung und Migration gewinnt er – so scheint es – an Bedeutung für die politische Identität der Menschen.

Dies zu akzeptieren und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, damit tun sich in Deutschland viele erkennbar schwer. Sie meiden diesen Begriff, weil er durch unsere Geschichte belastet ist. Natürlich hängt dies mit jenen schrecklichen zwölf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft zusammen, die wahrlich weit mehr waren als nur ein „Vogelschiss“ in der deutschen Geschichte. Sie waren ein bis heute unbegreiflicher Zivilisationsbruch, dessen Wesen nicht in seiner zeitlichen Dauer, sondern vielmehr in der Tiefe seiner Abscheulichkeit lag. Deshalb dürfen wir diesen Zivilisationsbruch nie ausblenden, wenn es darum geht, über deutsche Identität nachzudenken. Andererseits wäre es aber auch falsch, diesen Teil unserer Geschichte zum einzigen Bezugspunkt unserer nationalen Identität zu machen. Denn Identitätsbildung ohne positive Anknüpfungspunkte ist wenig erfolgversprechend.

Gerade die Union sollte dem Begriff Nation

nicht aus dem Weg gehen. Die Union bekannte sich vor 1990 immer zur deutschen Einheit und hat gleichzeitig die europäische Einigung mit vorangetrieben. Für die Union war immer klar: Deutsche Einheit und europäische Integration sind zwei Seiten einer Medaille. Dies aus gutem Grund. Denn die Geschichte hat uns gezeigt: Ein Europa der losgelösten Nationalstaaten mit einem starken geeinten Deutschland in seiner Mitte war immer ein instabiles Gebilde. Zwei Weltkriege, die von hier ausgingen, sollten uns Mahnung genug sein, nicht erneut ein solches Experiment zu wagen.

Genau aus diesem Grund dürfen wir die Definition von Nation und die Identifikation mit der Nation weder den Rechtspopulisten und -extremisten überlassen noch denjenigen auf der linken Seite, für die die Nation Teufelswerk schlechthin ist. Aus diesem Grund müssen wir selbst eine Antwort geben auf die Frage: Was bedeutet Nation im Zeitalter der Globalisierung, der Migration und des geeinten Europas? Darüber müssen wir eine offene, unverkrampfte Debatte führen mit dem Ziel einer zukunftstauglichen Fortentwicklung unseres Nationenbegriffs. Denn zwischen den beiden Extremen Negation und Überhöhung muss es ein Drittes geben, einen Begriff von Nation, der über jeden Verdacht des Völkischen erhaben ist und auch jeder aggressiv ausgrenzenden Färbung abschwört, der aber dennoch imstande ist, eine besondere – auch emotionale – Verbundenheit zu stiften.

Was wir brauchen, ist ein moderner, zeitgemäßer Nationenbegriff. Hierfür geeignet wäre aus meiner Sicht der Begriff der „Bekenntnisation“. Dies wäre eine Nation, die alle einschließt, die sich zu ihr bekennen – gleich, welcher Herkunft, welcher Hautfarbe und welcher Religion; die alle umfasst, die unsere grundlegenden Werte der Menschen-

würde und Menschenrechte, der Freiheitlichen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit teilen. Eine Nation, in der die Menschen Verantwortung tragen für das Gemeinwohl. Eine Nation, zu der die Menschen in ungeteilter Loyalität stehen, in der sie Solidarität schenken und empfangen und die zu den guten wie auch schlechten Seiten ihrer Geschichte steht.

Die Bekenntnisation grenzt sich ab von Nationenbegriffen, die in der deutschen Geschichte immer wieder hervortraten und zum Teil bis heute fortwirken, die für eine zeitgemäße und vor allem zukunftsgerichtete Selbstbestimmung allerdings wenig taugen.

Dies gilt beispielsweise für die Vorstellung von Deutschland als „Kulturnation“. Obwohl bis heute gebräuchlich – etwa in den Grundsatzzprogrammen der Unionsparteien –, ist dieser Begriff problematisch. Kulturnation, das bedeutete einst mehr als nur ein Land mit einem reichhaltigen Kulturleben. In der Zeit vor dem Bismarck'schen Nationalstaat verstand man darunter die staatlich nicht geeinte Gemeinschaft aller Deutschsprachigen mitsamt ihren kulturellen Traditionen. Dem folgte die Selbstüberschätzung gegenüber den westlichen Nationen, vor allem gegenüber Frankreich, dem man zwar Zivilisation im Sinne eines seelenlosen Fortschritts, nicht aber Kultur im



Sinne des „Guten, Edlen, Schönen“ zuschrieb. In der Gewissheit einer grundsätzlichen moralischen Überlegenheit sah man dazu Deutschland bestimmt. „Deutsche Kultur“ versus „französische Zivilisation“, lautete schließlich der Kampfprud deutscher Intellektueller während des Ersten Weltkriegs. Dabei hatte sich die Kulturnation längst aufgemacht, sich notfalls mit Gewalt die entsprechende staatliche Form zu verschaffen – etwa mit der Vereinnahmung Elsass-Lothringens als deutschsprachige Regionen Frankreichs nach dem Krieg von 1870/71, später schließlich mit dem Anschluss Österreichs zu „Großdeutschland“. Wir sollten uns heute nicht darauf verlassen, dass ähnlich lautende Visionen für alle Zeiten ausgeträumt sind. Die Vorstellung von einer deutschen Kulturnation würde dem jedenfalls Vorschub leisten. Die Unionsparteien sollten aus diesen Gründen den Begriff der Kulturnation aus ihren Programmen streichen,

dies zumal, wenn sie sich in der Tradition der Aufklärung mit universell gültigen Menschenrechten sehen. Ein zeitgemäßer Nationenbegriff sollte vielmehr von den Menschen her gedacht sein, die sozusagen bewusst und willentlich gemeinsam die Nation bilden. Dies ist auch das Modell, das der französische Denker Ernest Renan, ein früher Befürworter der deutsch-französischen Partnerschaft im 19. Jahrhundert, beschrieb, als er sich die Frage stellte, was eine Nation ausmacht: „Es ist nicht das Blut, es ist nicht die Abstammung, sondern man muss sich dazu bekennen, man muss Franzose sein wollen ... Es ist die gemeinsame Geschichte und vor allem die gemeinsame Erinnerung an diese Geschichte.“

Dass auch in Deutschland ein Nationenbegriff ohne Bezug auf die Geschichte weder denkbar noch wünschenswert ist, daran gibt es keinen Zweifel. Aber die Geschichte allein wird es als Bezugspunkt nicht richten, zumal im Zeitalter der Migration diese Geschichte eben gerade keine gemeinsame ist. Was uns jedoch einen kann, ist der Wille zur gemeinsamen Zukunft in Frieden und Freiheit, in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft, in einem allgemein gesicherten Wohlstand und einer nachhaltig bewahrten Umwelt.

Eine solche Nation würde ein attraktives Integrationsangebot machen – gerade auch denen gegenüber, die ihre Wurzeln im Ausland haben und ihre Lebensperspektive dauerhaft in Deutschland sehen. Überdies würde sich unter dem Dach der Bekenntnisation jede Diskussion über eine Leitkultur erübrigen. Leitkulturen bildeten sich übrigens eigendynamisch immer dann aus, wenn sie mit einer konkreten Zukunftserwartung verbunden waren. Bei der bürgerlichen Leitkultur des 19. und 20. Jahrhunderts war dies beispielsweise die Aussicht auf Überwindung von Not und Elend. Für uns heute könnte es die skizzierte gemeinsame Zukunft sein, aus der sich zwangsläufig die Notwendigkeit einer bestimmten Haltung ergibt. Ohne Fleiß, Zielstrebigkeit, Disziplin, Aufrichtigkeit, ohne Respekt, Rücksichtnahme und Solidarität werden wir eine freiheitliche, prosperierende und menschliche Zukunft nicht gewinnen. Und wo es um gezielte Verstöße gegen die Grundprinzipien unserer freiheitlich demokratischen Ordnung geht, bedarf es eines starken, durchsetzungsfähigen wie auch durchsetzungswilligen Staates. Der Begriff der „Bekenntnisation“ erlaubt eine positive Identifikation für alle Menschen

in unserem Land. Er eröffnet eine Zukunftsperspektive, für die man, wenn sie leidenschaftlich und glaubwürdig vermittelt wird, Begeisterung und Engagement entwickeln kann. Er gibt die Antwort auf die Frage, was es heute heißt, Deutsche und Deutscher zu sein. Und Menschen mit zum Beispiel türkischer Abstammung, die sich hierzu bekennen, sind auch keine „Deutsch-Türken“ oder „Türken mit deutschem Pass“ mehr, sie sind Deutsche und nichts anderes. Sie sollten als solche anerkannt werden, sie sollten sich als solche aber auch selbst definieren.

Das bestehende deutsche Staatsangehörigkeitsrecht liefert hierzu den geeigneten rechtlichen Rahmen – außer im Punkt einer allgemein zugänglichen doppelten Staatsangehörigkeit. Denn das Bekenntnis im Begriff der Bekenntnisation ist nicht teilbar. Die Loyalität muss eindeutig sein. Ansonsten bleiben wir auf dem Weg zu einer modernen gemeinsamen Nation, die alle einschließt, auf halber Strecke stehen. Die Bekenntnisation lässt sich freilich nicht in eine rechtlich verbindliche Form gießen. Der Staat kann das Bekenntnis nicht erzwingen. Das macht sie aber keineswegs überflüssig. Vielmehr wäre sie eine Art ideeller Überbau als Selbstbild einer Nation, die weder eine regionale Identität verdrängt, noch einer europäischen Einigung im Weg steht. Es spricht viel dafür, dass dieser Begriff von Nation einen Beitrag zu mehr Unbefangenheit und Gelassenheit im Umgang mit uns selbst leisten würde. Dies wäre nicht nur in unserem, sondern vor allem auch im Interesse unserer Nachbarn und Partner. Auch ihr Bedarf an einem ewigen deutschen Sonderweg ist ganz sicher begrenzt. Es ist Zeit, dass wir eine normale Nation werden. ■

Dieser Beitrag erschien zuerst in der FAZ vom 6.6.2019.



Der Autor: Tobias Hans, Jahrgang 1978, ist seit März 2018 Ministerpräsident des Saarlandes und seit Oktober 2018 Vorsitzender der Saar-CDU.



In den Feuilletons und in der akademischen Welt wird eine Debatte um „identitätslinke Politik“ geführt. Sie hat ihre Wurzeln in den Vereinigten Staaten von Amerika und hat zur Spaltung der dortigen Gesellschaft wesentlich beigetragen.

Linke Identitätspolitik

/ GROSSER *Schaden* FÜR DEN GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

Identitätslinke Politik stellt die zu bewahrende Identität von Minderheiten ins Zentrum und unterstellt, dass tief verankerter Rassismus und Diskriminierung die gesellschaftliche Gleichstellung dieser Minderheiten verhindern. Deshalb werden Sonderrechte und Vorzugsbehandlungen gefordert und durchgesetzt. Dies wird aber von vielen, die sich nicht zu benachteiligten Gruppen rechnen, als ungerechtfertigte Benachteiligung ihrerseits betrachtet und trägt somit zur Polarisierung des politischen Klimas wesentlich bei. Auch wenn sich die Debatte hauptsächlich auf akademische Eliten an den Universitäten und in den Medien beschränkt und insofern ein Minderheitenthema ist, ist sie keinesfalls unbedeutend, im Gegenteil: Die Radikalisierung von links reicht immer weiter in die gesellschaftliche Mitte hinein und beeinträchtigt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die ebenfalls anzutreffende Radikalisierung von rechts trägt das Ihre dazu bei. Die Aufspaltung der Gesellschaft in „Täter-“ und „Opfergruppen“ kennzeichnet identitätslinke Politik. Migranten – Einheimische, Schwarze/Indigene – Weiße, Frauen – Männer, Muslime – Christen, homo- oder transsexuell

Orientierte – Heterosexuelle. Die einen sind in dieser Perspektive zuallererst einmal Opfer – von Rassismus und Diskriminierung, von Patriarchat oder von Islamo- oder Homophobie (der krankhaften Angst vor dem Islam oder der Homosexualität). Die anderen werden als Täter oder als deren Nachkommen und als Privilegierte klassifiziert. In den Vereinigten Staaten von Amerika existiert diese Debatte seit den 1960er Jahren. Sie geht – wie die Politikwissenschaftlerin Sandra Kostner es detailliert und schlüssig nachzeichnet – mit einem „Schuldbewusstsein“ des „Weißen Amerika“ einher. Die Folge sind nicht nur Formen „positiver Diskriminierung“ (Bevorzugung aufgrund der Angehörigkeit zu einer diskriminierten Gruppe), sondern die Bildung organisierter Opfergruppen, die sich als „Identitätswächter“ verhalten und ihr Geschäftsmodell darin sehen, unter Berufung auf ihre Opferidentität Sonderrechte einzufordern. Sollten sich die gewünschten gesellschaftlichen Ergebnisse (Gleichstellung hinsichtlich Bildungsabschlüssen, Platzierung auf dem Arbeitsmarkt etc.) nicht zeigen, ist die Zuweisung der Verantwortung dafür von vorneherein geklärt: Die „Privilegierten“ sind

es, die es versäumt haben, die Ursachen für diese Defizite zu beseitigen. Auf diese Weise verfestigen sich Opfer- und Schuldidentitäten und lösen sich von politischen Bemühungen und Erfolgen, Diskriminierung abzubauen. Die Bewahrung der „Identität“ gilt als das Wichtigste. Darauf zu beharren, dass „Leistung“ das entscheidende Kriterium sein sollte und nicht die Gruppenzugehörigkeit, gilt als überkommen. Die Fokussierung auf die Identität kennzeichnet die „identitätslinke“ Position. Die Linke hat sich demnach gespalten: Neben die traditionelle sozialistische Linke, die soziale Ungleichheit im Blick hat und durch Förderung und Umverteilung zurückführen will, tritt jene Linke, die sich über die bunte Vielfalt der Identitäten erfreut und in deren Bewahrung den Schlüssel zum gesellschaftlichen Erfolg sieht. Vertikale Ungleichheiten zwischen „unten“ und „oben“, reich und arm verlieren damit nahezu zwangsläufig an politischer Bedeutung. Hinzu kommt, dass sich hier der seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert schwelende Konflikt innerhalb der Linken aktualisiert: Die einen sehen den Schutz der nationalen Arbeitsmärkte vor internationaler Konkurrenz

als eine wichtige Aufgabe an, die anderen sehen die Globalisierung von Arbeitsmärkten als Bewährungsprobe der internationalen Solidarität und treten daher für offene Grenzen ein. Sie übersehen dabei, dass gerade ihre Klientel, die Arbeitnehmer, zu den Verlierern dieser Form der Globalisierung gehören.

Die Analyse Sandra Kostners trifft auch auf die bundesdeutsche Integrationspolitik in den 1970er und 1980er Jahren zu. So wurde bei der Debatte um Integrationsfragen immer wieder die Formel bemüht, Integration müsse unter Beibehaltung der nationalen und kulturellen Identität der „Gastarbeiter“ und unter Achtung fremder Kulturen erfolgen. Das Memorandum zur Ausländerintegration des Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Heinz Kühn (SPD), sprach 1979 von einer „auch dem Einwanderer zu garantierende(n) Chance zur Wahrung einer am Herkunftsland orientierten ‚nationalen Identität‘“. Der Berliner Senat (SPD/FDP) erklärte 1979, er wolle „Aktivitäten fördern, die den Ausländern die Chance vermitteln, in Berlin ihre kulturelle Identität zu wahren und ihre Kultur der deutschen Bevölkerung nahezubringen“. So auch der damalige Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Hans Koschnick (SPD): „Die Integration sollte vielmehr mit dem Ziel erfolgen, die Eigenständigkeit und nationale Identität der Ausländer beizubehalten, damit die Frage nach der eigenverantwortlich zu entscheidenden Rückkehr nicht ausgeschlossen und die Wiedereingliederung in das Heimatland nicht unnötig erschwert wird.“

Eine Integrationspolitik, die mit einem dauerhaften Verbleib der meisten Zuwanderer rechnete und deshalb Anpassungsleistungen unterstützte, wurde aus unterschiedlichen Motiven als „Zwangsgermanisierung“ („Alternative zwischen Germanisierung und Remigration“) kritisiert: von jenen, die dies als Ausfluss eines deutschen Nationalismus und Rassismus bezeichneten, und von jenen, die mit der Aufrechterhaltung einer nationalen und kulturellen Identität prinzipiell die Rückkehr nicht ausschließen wollten – wie dies von der bayerischen Staatsregierung (CSU) vertreten wurde.

Identitätspolitik polarisieren und verhindern Integration. Identitätskonflikte werden – das zeigen die Erfahrungen – besonders gewalttätig ausgetragen, weil sie Wertkonflikte sind und Kompromisse daher viel schwieriger zu erzielen sind als bei sozialen Verteilungskonflikten. Identitätspolitik ignorieren zudem, dass sich bei Migrationsprozessen Identitäten nahezu zwangsläufig wandeln. Nur das Leben

in ethnisch-sozialen Enklaven kann dies verhindern – verhindert aber auch Integration in die aufnehmende Gesellschaft und damit auch gesellschaftlichen Aufstieg. Hinzu kommt: Das Bild einer von strukturellem Rassismus und Diskriminierung durchdrungenen Gesellschaft ist unzutreffend. Dass es diese Einstellungen und darauf beruhende Verhaltensweisen gab und gibt, ist nicht zu bezweifeln. In Frage gestellt werden muss allerdings, ob dieses Raster von Unterdrückern und Unterdrückten die Wirklichkeit zutreffend erfasst. Dieser Schwarz-Weiß-Dualismus erfasst gesellschaftliche Weiterentwicklungen nicht. Er übersieht die

“ Das Bild einer von strukturellem Rassismus und Diskriminierung durchdrungenen Gesellschaft ist unzutreffend. ”

Vielfalt historischer Existenzen von Gruppen und von Individuen, die sich meist nicht in Gut und Böse, sondern in einem Spektrum von Grautönen darstellen. Zudem bleibt für legitime Kritik am Islam oder an den Folgen von Migration kein Platz. Die zunehmende Vielfalt („Diversity“) hinsichtlich ethnischer Herkunft oder religiöser Bekenntnisse wird pauschal als Fortschritt bewertet. Die Rede von Schattenseiten der Migration, von Gewinnern und Verlierern, gar von Begrenzung oder Steuerung von Zuwanderung wird als „rechtspopulistisch“ und als Ausdruck von Rassismus verunglimpft und gilt damit als illegitim. An die Stelle der demokratischen Willensbildung und des politischen Streits tritt die Alternative gut – böse, legitim-illegitim. Der Gut-Böse-/ Täter-Opfer-Dualismus mündet in einen „moralischen Totalitarismus“ (Thea Dorn).

Exemplarisch können diese Positionen analysiert werden an den beiden Aufrufen „Solidarität statt Heimat“ sowie „#unteilbar“, die im Jahr 2018 öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr. Kurz gefasst ist daran zweierlei bemerkenswert. Erstens: Die „Argumentation“ läuft auf eine Absage an „Politik“ als Prozess demokratischer Willensbildung hinaus. Abweichende Positionen werden kriminalisiert und können nur bekämpft

werden. Als letzte Konsequenz zeichnet sich ein Bürgerkrieg am Horizont ab. Zweitens: Die beiden Aufrufe sind von mehr als 28.000 Personen unterzeichnet worden. Sie gehören zum allergrößten Teil der akademischen und kulturellen Elite dieses Landes an, die sich mit den Themen Migration und Integration befasst. Das lässt die politische Bedeutung dieser Aufrufe, die eher Bekenntnisse sind, deutlich werden.

Durch die Fixierung auf die Andersartigkeit werden Verschiedenheit, Differenz und Fremdheit betont und dann stärker wahrgenommen. Wenn Personen „mit Migrationshintergrund“ von außen bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden, wird zudem das Problem des Zwangscharakters relevant, den diese Kategorisierung mit sich bringt. Da es sich um soziale Konstruktionen handelt, ist durchaus anzunehmen, dass Individuen einer Gruppe zugeordnet werden, der sie sich nicht zugehörig fühlen – weil sie sich grundsätzlich keiner Gruppe zuordnen oder weil sie sich einer oder mehreren anderen Gruppe(n) zugehörig fühlen. Die von außen vorgenommene Kategorisierung muss keinesfalls mit der Selbstidentifikation übereinstimmen. Die Festigung solcher Gruppenidentitäten schränkt die Handlungsmöglichkeiten derjenigen ein, die dazugerechnet werden, aber nicht dazugehören wollen. Gruppenrechte können mit dem Verlust von individueller Handlungsfreiheit einhergehen. Migranten müssen nicht auf Dauer Migranten bleiben. Irgendwann müssen aus ihnen auch „Einheimische“ werden können. Die Politik ist falsch beraten, wenn sie immer stärker auf Diversität und die Bewahrung von Identität setzt. Sie schwächt damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt. ■



Der Autor:
Dr. Stefan Luft ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Themen Migration und Integration. Weitere Informationen unter: <https://www.stefanluft.de/>.

WOHER RÜHRT DIE *Zuspitzung* IM GESELLSCHAFTLICHEN DISKURS?

Für eine Einordnung aktueller Konflikte müssen aktuelle komplexe Problemlagen und die Polarisierung in der Diskussion zusammen betrachtet werden.



Wie können wir existenzielle Probleme mit den gesellschaftlichen Polarisierungen zusammen denken? Zunächst sei mit einem Kurzschluss aufgeräumt: Unter existenziellen Problemen sollten wir nicht nur Fragen der sog. Umwelt fassen, auch wenn vom menschengemachten Klimawandel oder dem Artensterben große, kaum überschaubare Gefahren ausgehen. Die ökologischen Überlebensfragen treffen allerdings auf andere, bereits stärker etablierte existenzielle Problemkomplexe zu, oftmals umschrieben als soziale Frage und als Gewalt- oder Kriegsfrage. Allen drei Problemkomplexen gemein ist: Sie verweisen auf die Störung der Reproduktion bzw. des „Stoffwechsels“ der Gesellschaft. Betroffen hiervon sind alle ‚unsere‘ Einrichtungen und Einrichtungen, insofern sie ihre vorausgesetzten soziomateriellen Grundlagen einbüßen.

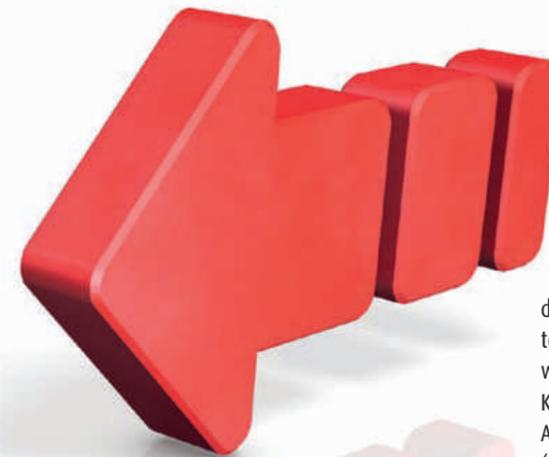
Soziale Frage war zentral für die Herausbildung der Soziologie

Mein Fach, die Soziologie, hat sich seit ihren Anfängen mit der „sozialen Frage“ befasst, der Frage nach der Verelendung ganzer Bevölkerungsgruppen und der Zersetzung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die soziale

Frage findet in Epidemien, Hunger und Not und, als Konsequenz, in Aufruhr und Überlebenskampf ihren radikalen Niederschlag. Die soziale Frage manifestiert sich derart in vielen Regionen der Weltgesellschaft, drängt sich auf und tritt staatlichen Instanzen als Realitätsprüfung gegenüber. Für die soziale Frage wurden in den relativ wohlhabenden, stabilen Wohlfahrtsstaaten ausgefeilte Sicherungssysteme über mehr als 100 Jahre entwickelt, die allerdings nicht vor Erosion gefeit sind bzw. Gegenstand gesellschaftlicher (Verteilungs-) Kämpfe bleiben.

Ein anderer existenzieller Problemkomplex dreht sich um Kriege und um organisierte Gewalt. Der Bürgerkrieg, etwa, ist ein existenzielles Problem par excellence, auch weil er alle anderen Probleme nach sich zieht. Im Krieg wechseln Gesellschaften in einen Ausnahmezustand, alle Funktionsbereiche werden seinem Diktat unterworfen. Zur Einhegung dieses Problemkomplexes finden sich große Aufwendungen und Anstrengungen. Ambivalent sind dabei die so genannten Verteidigungsarmeen der Militärbündnisse, die allerdings ‚den Feinden‘ immer auch als potenzielle Angriffsarmeen gelten.

Daneben finden sich Apparate der Diplomatie und multi- wie bilaterale Beziehungen mit Sicherheits- und Schutzversprechen. Die drei Problemkomplexe sind nicht getrennt voneinander. Sie wirken wechselweise aufeinander ein und durchdringen und bedingen einander. Zugleich sind existenzielle Probleme nicht einfach anerkannt. Sie durchlaufen offenbar unterschiedliche Statuskarrieren. Manche bedürfen noch der vehementen Problematisierung, andere suchen noch nach einer apparativen Adresse in einer Kompetenzverteilung. Hier ist der Klimawandel prägnantes Beispiel: Er hat zwar einen globalen vertraglichen Rahmen erhalten; die Operationalisierungen und Implementierungen stecken aber noch in den Kinderschuhen. Es finden sich demgegenüber existenzielle Probleme, die aufgrund ihrer zurückliegenden Anerkennung und infolge politischer Kämpfe gesellschaftlich angeeignet sind. Und zwar derart erfolgreich, dass die Problemstellungen aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden sind. Dies gilt etwa für epidemiologische Fragen, die in saturierten Wohlfahrtsstaaten mit ihren ausgebauten Gesundheitssystemen fürs Erste eingeehrt sind.



„Wo sich drängende Probleme dem etablierten Politikbetrieb und Kompetenzgefüge entziehen, da wuchert etwas, das sich als Krise des Systemvertrauens bezeichnen lässt.“

Die Rückkehr mancher Krankheiten wie Masern zeigt aber auch hier, dass die Probleme nicht verschwunden, sondern lediglich apparativ in Schach gehalten werden.

Die Problemkonstellation sprengt den nationalen Rahmen

Die drängenden Probleme passen mal mehr, mal weniger oder auch gar nicht in den nationalstaatlichen Rahmen mit seinen Apparaten der Problembearbeitung (vgl. Beck 1999). Wo sich drängende Probleme aber dem etablierten Politikbetrieb und Kompetenzgefüge entziehen, da wuchert etwas, was sich im Anklang an Niklas Luhmann als Krise des „Systemvertrauens“ (2000) und im Anklang an Claus Offe als „Legitimationskrise“ (2003) bezeichnen lässt. Der Kredit gegenüber etablierten Institutionen und das Vertrauen in die Problembearbeitungskapazitäten der etablierten Apparate schwinden. Ganze institutionelle Felder wie der Journalismus („Lügenpresse“), die Politik („entrückte Elite“) oder die Wissenschaften („fake science“) werden infrage gestellt. Heute scheinen die gesellschaftlichen Apparate überfordert zu sein: Sie halten auch im Stresstest an ihren normalen Verfahrensweisen fest – und erweisen sich als überfordert. In einer solchen Gemengelage entstehen Polarisierungen von radikalen Systemkritiken. Es grassieren außerdem Verschwörungstheorien, Anfeindungen und Realitätsflucht als verschiedene Weisen der Vereinfachung. Eingespielte Standards der Beurteilung nach wahr/unwahr, richtig/falsch werden fraglich. Ein Klima respektloser und haltloser Unversöhnlichkeit entsteht in dieser größeren diskursiven Spreizung. Sie sind Symptome kämpferischer Ratlosigkeit. In Zeiten wechselwirkender existenzieller

Probleme ist tatsächlich der Status quo auf die Probe gestellt. Dies gleich in mehrerer Hinsicht: (1) Die Verwobenheit der existenziellen Fragen führt zu Widersprüchen, weil die Problemlösung der einen die Probleme der anderen befeuert. So ist etwa die eingespielte Strategie der wachstumsbasierten Armutsbekämpfung mit umweltfeindlichen, auf Subventionen gegründeten Industriepolitiken verbunden. (2) Die wuchernden existenziellen Fragen schmälern die Kapazitäten etablierter Problembearbeitungsapparate. Die Knappheiten an natürlichen Ressourcen verschärfen die Verteilungskonflikte. Die Anfälligkeit der Infrastrukturen wächst und damit die Schwierigkeit, Innovationen zu stabilisieren. Schon ‚erledigte‘ Fragen brechen wieder auf und erhöhen noch den Problemdruck. (3) Die Realitätsprüfungen durch existenzielle Probleme setzt die öffentliche Meinung unter Dauerstress. Die Aufmerksamkeit des in beschleunigter Taktung alarmierten Publikums schwindet. Es grassieren Abstumpfung, Verdrängung, Zynismus und ein Rückzug in vermeintlich heile ‚kleine Welten‘. Die Bearbeitungskapazitäten der öffentlichen Debatten erodieren auch, wo die Leute vor den allzu großen Fragen ‚ängstlich‘ zurückweichen. (4) Es wird schwieriger, die nötige, sachgerechte Angst – mit ihren Geschwistern des Selbstzweifels und der Kritik – von der bloßen Panikmache und Skandalisierung zu unterscheiden. Der Fokus der Besorgnis wird von den Problemen weg hin zu Feindbildern gelenkt. Der „Sündenbock“ ist in Zeiten existenzieller Angst die wiederkehrende Figur der Polarisierung – und ein Mittel der Problemverdrängung.

Existenzielle Probleme bringen Ideologie zum Vorschein

Denken wir existenzielle Probleme und Polarisierung zusammen, so ergibt vieles Sinn, was sonst nur generell als Radikalisierung beklagt wird.

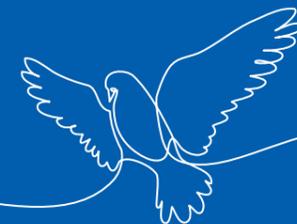
radio horeb
Leben mit Gott



Leben mit Gott

bundesweit im Digitalradio

Tel: +49 8328 921-110



Radio Horeb ist rein spendenfinanziert. | www.horeb.org



Tatsächlich sind die ideologischen Fundamente politischer Gruppierungen problemgetrieben. Ideologien haben ihre existenziellen Leitprobleme. Gerade in der Konkurrenz der eigentlich wechselwirkenden, existenziellen Fragen zeigt sich eine solche Präferenz. Wir können besser beobachten, wie Gruppierungen ihre Identität aus solchen Präferenzen schöpfen – und dabei die anderen existenziellen Fragen verdrängen oder zu entwerten suchen.

Sozialdemokratische Positionen etwa präferieren nach wie vor die soziale Frage in ihrer industriellen Prägung. Zugleich müssen sie anerkennen, dass sich Verteilungsprobleme mit der ökologischen Frage (etwa um sauberes Wasser, saubere Luft, Nahrung) zuspitzen. Grün-Alternative Positionen sind auf die ökologische Frage geeicht und mit dieser identitär verbunden. Hier lassen sich verzwickte programmatische Versuche beobachten, die Problemkomplexe tatsächlich zusammenzudenken – mit dem Effekt der problemadäquaten De-Radikalisierung. Rechte Positionen hängen der Gewaltfrage an und behaupten hier das Gewaltmonopol nach innen und die Wehrhaftigkeit nach außen. Nationale ökonomische Stärke wird zur abgeleiteten kollektiven Existenzfrage stilisiert. Die liberale Ideologie wiederum neigt zur generellen Leugnung der existenziellen Qualität von Problemen, um das ‚freie Spiel‘ der Märkte und Marktteilnehmenden gegen Versuche der kollektiven Mobilisierung zu verteidigen.

In der Konkurrenz dieser Ideologien ergibt sich zwar eine Re-Politisierung, die die Differenzen klarer benennt; sie vermag aber auch unhinterfragte Gemeinsamkeiten zu negieren und damit die Chancen zur nötigen konzertierten Aktion. Die Frage, in welcher Lage wir uns überhaupt befinden und in welcher Welt wir leben, bleibt selbst Gegenstand des politischen Streits.

Entscheidend ist nun, ob sich das Publikum, trotz der begründeten Ängste, Problemverdrängungen versagt. Entscheidend ist, ob das Publikum eine Politik des aufwendigen infrastrukturellen Umbaus und der entschiedenen Regulation im Licht der Probleme tatsächlich honoriert. Entscheidend ist, ob das Publikum sich selbst als Teil der Probleme betrachten kann, statt zur eigenen Entschuldigung Problemkosmetik bevorzugt.

Die Probleme, die nicht in die hergebrachten Lösungsschemata passen und unseren fraglich gewordenen, zügig normalisierten egozentrischen Lebenswandel betreffen, haben es dann tatsächlich schwer, überhaupt Anerkennung zu finden. Sie werden unwahrscheinlich. Die praktische Leugnung des Klimawandels als Existenzfrage ist hier ein prägnantes Beispiel.

Die Vereinfachung trifft auf verworrene Problemlagen

Generell erscheint es angesichts der polarisierenden, existenziellen Bedrohungen schwierig, einerseits die regionalen, nationalen, transnationalen und globalen Politiken problemadäquat abzustimmen und andererseits diese auch noch auf die Gleichzeitigkeit der drängenden, existenziellen Fragekomplexe einzustellen. Polarisierte ideologische Positionen tendieren angesichts der An- oder Überforderungen dazu, sich zu blockieren. Diese Gemengelage lässt dann, gerade weil es hier keine vorgeplanten Antworten gibt, verkomplizierende Nachfragen kaum zu – etwa die nach einer Sozialpolitik in Zeiten des Klimawandels, nach einer Friedenspolitik in Zeiten existenzieller Verteilungskonflikte, nach Gewährung basaler Menschenrechte in Zeiten des ökologischen Raubbaus. Dass solche Nachfragen die Politik heraus- und überfordern, darf auch die Sozial- und Kulturwissenschaften nicht verwundern: Auch hier werden die existenziellen Probleme gesplittet. Auch die disziplinäre Arbeitsteilung in den Wissenschaften wird durch die wechselwirkenden existenziellen Fragen auf die Probe gestellt. Gefragt sind heute integrierte problemgetriebene Analysen, die die vorhandenen apparativen Kapazitäten weiterentwickeln, statt sie als ganze zu verwerfen.

Existenzielle Probleme und Polarisierung zusammenzudenken führt zu manchen ernüchternden Einsichten über die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Verknüpfung erscheint aber unumgänglich, um sich den Problemen zu stellen und Proteste, Sorgen und Ängste einzubeziehen, statt sie nur als radikal bzw. als ‚Formfehler‘ zurückzuweisen. Womöglich ist dies eine erste Einsicht: Neben der Problemanerkennung ist eine problemadäquate Diskursethik vonnöten, damit wir einander den Ernst der Lage zugestehen und die verschiedenen Positionen auf Mindestanforderungen, Möglichkeiten und Potenziale hin befragen. Vor allem aber ist heute Mut nötig, um zu erkennen und anzuerkennen, wozu wir bereits, nicht mehr und noch nicht in der Lage sind.

Literatur

Beck, Ulrich (1999), World Risk Society. Cambridge/UK.
Holzinger, Markus (2014), Niklas Luhmanns Systemtheorie und Kriege. ZfS 43(6): 458-475.
Joas, Hans; Knöbl, Wolfgang (2008), Kriegsverdrängung. Frankfurt.
Luhmann, Niklas (2000), Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart.
Offe, Claus (2003), Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen. Frankfurt a.M.

“*Entscheidend ist, ob das Publikum sich selbst als Teil der Probleme betrachten kann, statt zur eigenen Entschuldigung Problemkosmetik bevorzugt.*”



Der Autor: Prof. Dr. Thomas Scheffer ist Direktor des Instituts für Soziologie an der Goethe-Universität Frankfurt. Sein Schwerpunkt: interpretative Sozialforschung.



Reiseleistungen:

- Haustür-Abholung inklusive Kofferservice
- An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- Jeweils 1 x Mittagsimbiss mit Getränk bei An- und Abreise
- 14 x Übernachtung im 3-Sterne-Hotel Avangard Resort
- 14 x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- 13 x Kaffee, Tee, Kuchen und Dessert von 15-16 Uhr
- 14 x Abendessen vom Buffet
- 1 x Begrüßungsgetränk
- Ärztliches Eingangsgespräch
- 2 Kur-Anwendungen pro Werktag (Mo-Fr) nach ärztlicher Vorgabe (davon 1 x klassische Teilmassage à ca. 15 Min.)
- 10% Rabatt auf ausgewählte Anwendungen im Wellnessbereich des Hotels
- Kostenlose Nutzung von Schwimmbad, Whirlpool, Sauna und Dampfbad im Hotel (außerhalb der Therapiezeiten)
- Kostenfreie Nutzung des Fitnessraumes im Hotel
- Kostenfreie Teilnahme an den kulturellen Veranstaltungen und Tanzabenden des Hotels
- Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung mit regelmäßigen Sprechstunden
- 24-Stunden-Notruftelefon
- Vorteilskarte mit vielen Rabatten für Cafés und Geschäfte in Swinemünde
- Möglichkeit zur Buchung von Ausflügen vor Ort

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten und Getränke
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen (Wir empfehlen den Abschluss einer Reiserücktrittskosten-Versicherung)
- Kurtaxe ca. EUR 1,00 pro Person je Tag, zahlbar direkt vor Ort



INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: INSEL USEDOM

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 0 23 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!

KUR-URLAUB AUF DER INSEL USEDOM

INKLUSIVE HAUSTÜR-ABHOLUNG



Das polnische Ostsee-Kurbad Swinemünde bietet ideale Voraussetzungen für einen gesunden Erholungsurlaub: Das milde Reizklima, die jodhaltige Seeluft und die im Preis enthaltenen Kuranwendungen unterstützten Sie dabei, neue Kraft für die Anforderungen des Alltags zu schöpfen.

Swinemünde ist an der nordöstlichen Spitze der Insel Usedom, an der Mündung der Swine in die Ostsee, gelegen. Für die Kur-Anwendungen wird das hiesige Sole- und Meerwasser genutzt. Den besonderen Reiz der Kurstadt macht u.a. der schöne breite Sandstrand aus, der über die Dünen zur Ostsee flach abfällt. Die attraktive Strandpromenade, die von historischen Strandvillen gesäumt wird, lädt Sie zu einem ausgedehnten Spaziergang ein. Gönnen Sie sich eine erholsame Auszeit vom Alltag!

Termine & Reisepreise 2020 pro Person (Anreise samstags):

Saison	Termine	1/2 DZ	EZ
A	04.01.*, 18.01.* 21.11.*, 05.12.*	EUR 599,-	EUR 210,-
B	01.02., 15.02., 29.02. 07.11.	EUR 699,-	EUR 280,-
C	14.03., 28.03. 10.10., 24.10.	EUR 799,-	EUR 420,-
D	11.04., 25.04., 09.05. 26.09.	EUR 949,-	EUR 560,-
E	23.05., 06.06., 20.06. 15.08., 29.08., 12.09.	EUR 1.049,-	EUR 700,-
F	04.07., 18.07., 01.08.	EUR 1.249,-	EUR 882,-

Aufpreis für Voll- statt Halbpension pro Person für 15 Tage: EUR 56,-

*= Die markierten Termine sind nur in den PLZ-Regionen 01-04, 06-10, 12-19, 39 und 98-99 buchbar.

Bitte beachten Sie: Barrierefreiheit kann nicht gewährleistet werden. Ob die Reise trotzdem Ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, erfragen Sie bitte vor Buchung.



Hotel Avangard Resort***

Lage: Der Hotelkomplex Avangard Resort liegt direkt an der schönen Promenade von Swinemünde, nur ca. 200 Meter vom Strand und etwa 1.500 Meter vom Stadtzentrum entfernt.

Ausstattung: Das Resort besteht aus zwei Gebäudeteilen, die durch einen „Bademantelgang“ verbunden sind. Zur weiteren Hotel-Ausstattung gehören eine Rezeption mit kostenfreiem Safe, ein Lift, Restaurant mit Terrasse und Wintergarten, Café-Bar sowie ein Aufenthaltsraum.

Zimmer: Alle 56 Zimmer sind ca. 22qm groß und verfügen über Dusche/WC, Telefon, SAT-TV, Internetzugang (WLAN), Kühlschrank, Wasserkocher und teilweise Balkon.

Verpflegung: Im modernen Hotelrestaurant wird Ihnen das Frühstück und Abendessen in Buffetform angeboten. Diabetiker- und Vegetarier-Kost sind auf Anfrage möglich.

Kur/Wellness/Freizeit: Im hellen Wellnessbereich des Resorts stehen Ihnen ein Schwimmbad (3 x 4 m), Whirlpool, Sauna, Dampfbad, Ruhezone sowie ein Fitnessraum zur Verfügung. Im modernen Spa- und Beautybereich werden Ihnen die wohltuenden Kur-Anwendungen wie Massagen, Solebäder, Moorpackungen, Inhalationen und Lasertherapie angeboten.

ab EUR 599,-

Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur INSEL USEDOM-Reise

per Briefpost per E-Mail

Name, Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____

Telefon _____
 E-Mail _____

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.

Essen hält Leib und Seele zusammen. Das gilt für Jung und Alt. Unser Lebensmittelministerium macht sich für eine gesunde Ernährung auch älterer Menschen stark – gepaart mit der Möglichkeit nach sozialer Teilhabe. Denn unsere Gesellschaft braucht ihren Rat und ihre Lebenserfahrung.

„WIR WOLLEN DIE ERNÄHRUNGSKOMPETENZEN steigern“

Gutes Essen trägt ganz wesentlich zu unserer Gesundheit und zu unserer Lebensqualität bei. Wenn wir einkaufen und unsere Lebensmittel auswählen, wenn wir unser Essen zubereiten und es schließlich genießen, vielleicht sogar Gäste bewirten und gemeinsam essen und trinken – das alles fördert unser Wohlbefinden. Essen hält nun einmal Leib und Seele zusammen. Gerade im BMEL, dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, ist uns das bewusst. Deshalb spreche ich als zuständige Ernährungsministerin auch vom Lebensmittelministerium, dem ich vorstehe. Im Alter nimmt die Ernährung eine immer wichtigere Rolle für ein gesundes, „gutes“ Älterwerden ein. Denn ausgewogenes Essen und Trinken kann sehr dazu beitragen, lange körperlich und geistig fit zu bleiben. Darüber hinaus strukturieren Mahlzeiten den Alltag. Sie bieten außerdem eine gute Gelegenheit, soziale Kontakte zu pflegen. Ob zu Hause mit der Familie, beim gemeinsamen Mittagessen in der Gemeinde oder zu Tisch in der Senioreneinrichtung: Mahlzeiten fördern die Gemeinschaft und die soziale Teilhabe – vor allem im Alter ist das ein bedeutender Aspekt.

Das sind Gründe genug, dem Essen und Trinken im Alter besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Für mich ist Seniorenernährung deshalb eines der zentralen Themen meiner Ernährungspolitik. Wir wollen die Ernährungskompetenzen von älteren Menschen verbessern und dazu auch die entsprechenden Multiplikatoren mehr in den Blick nehmen. Dabei können wir noch besser werden. Wir müssen es sogar – Stichwort demografischer Wandel: In Deutschland sind heute rund 22 Millionen Menschen 60 Jahre und älter, das ist mehr als jeder Vierte. Der Anteil wird weiter zunehmen. Im Jahr 2050 wird etwa jeder dritte Mensch in Deutschland zur Generation 60 plus gehören. Mit diesem weiter steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung rücken die Bedürfnisse unserer Senioren automatisch stärker in den Vordergrund.

Die Datenlage zur Ernährungssituation von Älteren in Deutschland ist allerdings noch unzureichend. Auch über die Zusammenhänge zwischen Krankheiten wie zum Beispiel Demenz und Ernährung wissen wir noch sehr wenig. Einige Erkenntnisse sind aber bereits gesichert. So wissen wir, dass ältere Menschen oft zu wenig Fisch, Molkereiprodukte, Obst und Gemüse essen, dafür aber zu viel Fleisch zu sich nehmen. Hinzu kommt, dass Übergewicht und Adipositas bei der Altersgruppe der

70- bis 80-jährigen stark ausgeprägt sind. Bei Männern sind knapp 85 % betroffen, bei Frauen mehr als 74 %. Deswegen ist es von so großer Bedeutung, das Wissen von älteren Menschen rund um das Thema Ernährung zu verbessern.

Darüber hinaus ist bei Senioren das Risiko für Mangelernährung deutlich erhöht. Wer zum Beispiel Probleme beim Gehen oder mit dem Treppensteigen hat, kauft seltener ein und findet auch das Kochen anstrengender. Wer allein lebt, lässt öfter einmal eine Mahlzeit ausfallen. Hinzu kommt, dass ein älterer Mensch einen geringeren Energiebedarf hat, jedoch genauso viele Nährstoffe, zum Beispiel Vitamine und Mineralstoffe, benötigt wie ein jüngerer Mensch. Durch den geringeren Energiebedarf besteht ein erhöhtes Risiko für eine Überernährung, und das ist der Grund für die oben beschriebene steigende Übergewichtsgefahr. Das ist vielen nicht bewusst und so bleiben viele ältere Menschen bei ihren erlernten Gewohnheiten.

Aus all diesen Gründen hat unser Ministerium die Ernährungsinitiative für Seniorinnen und Senioren ins Leben gerufen. Der Agrarwirtschaft gebe ich immer wieder eine klare Botschaft mit auf den Weg. Sie lautet: Wir müssen die Landwirtschaft enkeltauglich machen. Beim Thema Ernährung warten ebenfalls wichtige Aufgaben auf uns. Eine davon lautet: Wir müssen die Ernährung seniorentauglich machen. Ganz konkret heißt das: Wir wollen die Ernährungskompetenzen von älteren Menschen steigern, ihnen und ihren Angehörigen wollen wir dabei helfen, Essen und Trinken besser im Blick zu haben. Ebenso zählt die Qualität der Mahlzeiten in Senioreneinrichtungen und von Essen auf Rädern dazu.

Im Rahmen der Ernährungsinitiative für Seniorinnen und Senioren haben wir deshalb ein

Die Autorin: **Julia Klöckner** ist seit März 2018 Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft. Seit 2012 ist sie eine von fünf stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden. Die Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz entstammt einer Winzerfamilie.





besonderes Projekt gestartet: „Im Alter IN FORM – Gesunde Ernährung, mehr Bewegung, aktive Teilnahme in Kommunen fördern“. Über dieses Projekt erreichen wir Personen, die – oft ehrenamtlich – ihren Beitrag in der Seniorenarbeit in den Kommunen leisten. Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) bilden wir hier Multiplikatoren und Ehrenamtliche aus, die als Botschafter für gesunde Ernährung im Alter wichtiges Ernährungswissen in die Kommunen tragen.

Wir unterstützen seit mehr als zehn Jahren die Projekte der BAGSO, aktuell über drei Jahre mit rund 1,65 Millionen Euro. So hat es die BAGSO mit der Aktion „Auf Rädern zum Essen – IN-FORM-Mittagstisch für ältere Menschen“ geschafft, mittlerweile über 100 Organisatoren zu gewinnen, die erstmalig ein gemeinschaftliches Essen für Senioren anbieten. Die älteren Menschen genießen einerseits die Mahlzeiten, andererseits die Geselligkeit und den Austausch. Mit solchen Projekten ist unser Ministerium direkt vor Ort aktiv und ganz nah dran am Menschen. Wir möchten damit ein ausreichendes Angebot an gemeinsamen Mittagessen – gerade auch in ländlichen Regionen – schaffen und dauerhaft etablieren.

Die Bedürfnisse der Großelterngeneration stellen insbesondere die Gemeinschaftsverpflegung und mobile Menüdienste vor große Herausforderungen. Unser Ministerium bietet vielfältige Unterstützung an, damit die Qualität des Essens in Senioreneinrichtungen und bei Essen auf Rädern den Anforderungen besser gerecht werden kann. Dazu arbeiten wir eng mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) zusammen. Die DGE hat im Auftrag unseres Ministeriums Qualitätsstandards entwickelt. Das DGE-Projekt „IN FORM in der Gemeinschaftsverpflegung“ mit einem verstärkten Fokus auf die Zielgruppe „ältere Menschen“ fördern wir seit 2018 mit drei Millionen Euro. Entscheidend sind die weitere Sensibilisierung und Schulung derjenigen, die für die Verpflegung der Älteren zuständig sind.

Auch sind wir mit den Ländern im Gespräch, um gemeinsam flächendeckend Vernetzungsstellen einzurichten – also ein Netz aus Anlaufstellen, die das Wissen zu den Menschen vor Ort bringen sollen. Den Senioreneinrichtungen und den mobilen Dienstleistern wollen wir damit ebenso ein Angebot machen wie Seniorinnen und Senioren, die sich zu Hause

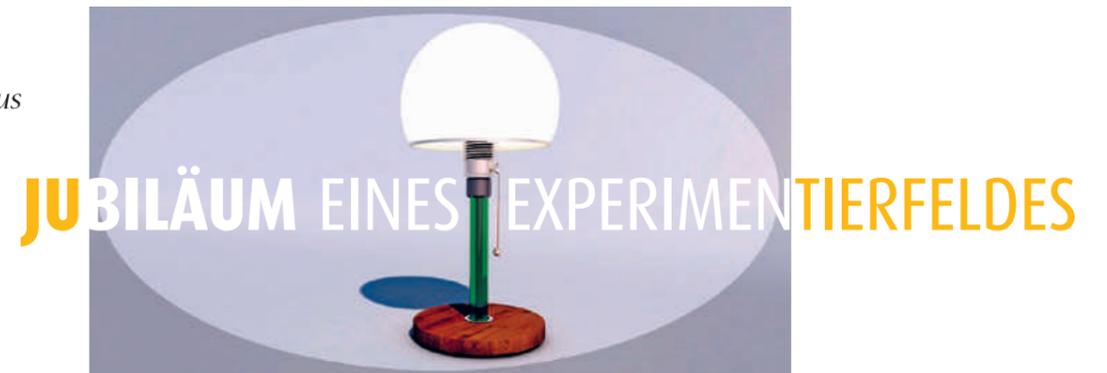
oder in ambulanten Wohngemeinschaften noch selbst versorgen können oder von Angehörigen betreut werden. Insgesamt werden jährlich zwei Millionen Euro von Bund und Ländern zur Verfügung gestellt. Im Saarland hat die erste Vernetzungsstelle bereits ihre Arbeit aufgenommen. Weitere Bundesländer sind derzeit dabei, die Voraussetzungen zu schaffen, damit weitere Vernetzungsstellen noch in diesem Jahr mit der Arbeit beginnen können.

Darüber hinaus werden wir bald ein Magazin für gutes und gesundes Essen im Alter herausgeben. Mit konkreten, praxistauglichen und alltagsnahen Tipps für zu Hause lebende Senioren und deren Angehörige.

Mir ist wichtig, die Menschen im Alltag zu erreichen. Die gesunde Wahl muss die einfache Wahl sein. Dafür benötigen wir auch beim Einkaufen eine bessere Orientierung. Auch für unsere Senioren ist deshalb ein Projekt wichtig, mit dem wir die Kennzeichnung insgesamt verbessern. Hier sind wir gemeinsam einen ganz wichtigen Schritt vorangekommen. Unser Ministerium hatte die Verbraucher in diesem Sommer gefragt, welche erweiterte Nährwertkennzeichnung auf der Vorderseite von Lebensmittelverpackungen ihnen beim Einkaufen am meisten weiterhelfen könnte. Das Votum fiel eindeutig aus. Gewonnen hat der so genannte Nutri-Score®. Das kam Ende September nach der Auswertung der vom EU-Recht vorgeschriebenen Verbraucherforschung heraus. Daher werde ich in Kürze einen Verordnungsvorschlag vorlegen, mit dem der Nutri-Score® in Deutschland als zusätzliche Nährwertkennzeichnung eingeführt werden kann. Der Nutri-Score® wird auf der Vorderseite der Verpackung stehen und über den Nährwert des Lebensmittels informieren: von A (grün) = ernährungsphysiologisch günstig bis E (rot) = nur in Maßen genießen. Das verschafft auf den ersten Blick Orientierung und bietet einen Mehrwert.

Die Senioren-Union erklärt: „Ältere Menschen sind ein Gewinn für die Gesellschaft.“ Das sehe ich ganz genauso. Auf die Beiträge, die sie als ältere Menschen für unsere Gesellschaft leisten können, dürfen und wollen wir nicht verzichten. Ihre Lebenserfahrung und ihr Rat haben Gewicht. Aus diesem Grund unternimmt unser Ministerium so viel, damit sie möglichst lange gesund und aktiv bleiben und am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben. Das Ziel lautet: selbstbestimmt und in Würde älter werden.

100 Jahre Bauhaus



1919 gründete der kommunikationsstarke Architekt Walter Gropius in Weimar das Staatliche Bauhaus. Zwischen dem Aufbruchgeist der Weimarer Republik und der Dämmerung des Nationalsozialismus avancierte die wohl einflussreichste Kunstschule des frühen 20. Jahrhunderts in nur 14 Jahren zum Symbol moderner Gestaltung und avantgardistischer Lebensführung.



© Stiftung Bauhaus Dessau
Bild: Thomas Meyer/Ostkreuz 2019

Das neue Bauhaus-Museum Dessau bei Nacht



© Bild: Tobias Adam

Bauhaus-Universität in Weimar

Klare Formen, schnörkelloses Design, Stahl und Glas – aber auch die Verbindung und Gleichsetzung von Kunst und Handwerk sowie die spätere Zusammenarbeit mit der Industrie vor dem Hintergrund der seriellen Produktion vorgefertigter Teile kennzeichnen das Bauhaus. Beim Bauhaus ging es indes von vornherein nicht nur um Kunst, Design und Architektur. Vielmehr sollte sich alles um die „Gestaltung von Lebensvorgängen“ (Walter Gropius) drehen, um den neuen Menschen in einer neuen Welt.

Der Name „Bauhaus“ geht übrigens auf die Bauhütten im Mittelalter zurück, in denen Künstler und Handwerker gemeinsam arbeiteten. Unterschiedliche Techniken und Disziplinen wurden in der von Gropius im Jahr 1919 gegründeten Kunstschule gelehrt. Und: Die Meister (darunter hochkarätige Künstler wie Paul Klee, Gerhard Marcks, Lyonel Feininger, Oskar Schlemmer, Wassily Kandinsky, László Moholy-Nagy, aber auch der umstrittene Esoteriker Johannes Itten) und Studenten kamen aus fast 30 Ländern – Internationalität gehört(e) zum Wesen der Bauhauskultur.

Die Bildungsstätte setzte sich über die damals herrschenden Konventionen in Theorie und Praxis sowie in der Lehre hinweg, sie war als lebendiges Experimentierfeld konzipiert. Und stieß deshalb nicht bei jedem auf Gegenliebe. Aufgrund politischen Drucks zog 1925 das Bauhaus nach Dessau um, wo es seine Blütezeit erlebte. 1932 stand ein erneuter Umzug an, es ging nach Berlin. Nur ein Jahr später wurde das Bauhaus unter den Nationalsozialisten geschlossen.

Das „Labor der Moderne“ wirkt indes bis heute nach, seine klare Formensprache und Interdisziplinarität beeinflussen immer noch Architektur und Städtebau, Design und Gestaltung, aber auch Tanz, Theater oder Fotografie. Kein Wunder, schließlich muss auch die moderne Gesellschaft immer wieder Antworten auf die Fragen finden: Wie werden wir leben? Wie wollen wir leben? Kompetenzübergreifendes Denken und Arbeiten sind deshalb – auch und gerade in Zeiten der vielzitierten Digitalisierung – gefragt wie nie.

100 Jahre Bauhaus

„Das Bauhaus und seine Stätten in Weimar und Dessau“ gehören seit 1996 zum Weltkulturerbe der UNESCO. Das 100. Gründungsjubiläum des Bauhauses in diesem Jahr wird in vielen Städten mit interessanten Veranstaltungen gefeiert. Zudem sind im Jubiläumjahr drei neue Museen in Weimar, Dessau und Berlin entstanden. Die Neubauten schaffen nicht nur den dringend benötigten Raum, um die einzigartigen Sammlungen der Bauhaus-Institutionen zeitgemäß zu präsentieren. Sie sind zugleich auch Begegnungsorte, Kulturzentren, Bildungslabore und Veranstaltungsbühnen. Weitere Informationen: <https://www.bauhaus100.de>

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E, Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.
Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohlmann-Straße

/ BEDROHLICHE ENTWICKLUNG

Im heißen Sommer 2019 legte das World Resources Institute (WRI) in Washington eine neue Ausgabe des sog. Wasserrisiko-Atlas vor. Der Tenor: Wasseralarm! Einem Viertel der Weltbevölkerung droht akuter Wassermangel, denn sie leben in einem der 17 Länder, die schon jetzt – ohne Dürren oder Hitzewellen – 80 Prozent ihres Grund- und Oberflächenwassers ausschöpfen.

2017 musste Rom erstmals sein Wasser rationieren, 2018 stand Kapstadt kurz vor dem Abschalten der Wasserversorgung, und in diesem Jahr schaut die nordindische Millionenstadt Chennai auf leere Wasserreservoirs. Der Trend ist leider signifikant: Weltweit geraten immer mehr Regionen und Staaten in den Wassernotstand. Darunter sind die arabischen Golfstaaten, Israel, Jordanien, der Libanon, Libyen, Botswana und Eritrea. Aber auch der kleine Mittelmeerstaat San Marino, Turkmenistan sowie Indien und Pakistan gehören dazu.

„Wasserstress ist die größte Krise, über die kaum jemand spricht“, sagt Andrew Steer, Leiter des World Resources Institute. „Seine Folgen in Form von Hunger, Konflikten, Migration und finanzieller Unsicherheit sind jedoch nicht zu übersehen.“ Wie er und sein Team ermittelt haben, hat sich der weltweite Wasserverbrauch seit den 1960er Jahren mehr als verdoppelt. In 17 Ländern von 189 Ländern ist die Situation schon extrem angespannt – ein Viertel der Weltbevölkerung ist betroffen. In diesen Ländern werden schon in einem normalen Jahr 80 Prozent der verfügbaren Wasserressourcen verbraucht. Kommt dann noch eine Hitzewelle oder längere Trockenzeit hinzu, droht ein dramatischer Wassermangel. Die WIR-Forscher, die seit 40 Jahren komplexe Zusammenhänge zwischen Umwelt und Wirtschaft aufzubereiten suchen, bauen ihre Berechnungen auf dem Verhältnis auf, in dem die Wasserentnahme zu Wassernachschub und Grundwasservorräten steht. Dies zeigt dann, wie hoch das Risiko für Trockenheit und Wassermangel ist.

Eine ebenfalls bedenkliche Entwicklung sehen die Forscher in weiteren Regionen mit intensiver landwirtschaftlicher Bewässerung wie dem Westen der USA, China oder Süd- und

Westindien. Und wer glaubt, Europa sei in Sachen Wasser eine Insel der Glückseligen, der muss sich eines Schlechteren belehren lassen. Selbst in Deutschland sind inzwischen regionale Konkurrenzen um die Ressource Wasser keine Seltenheit mehr.

Europa ist zwar kein trockener Kontinent, seine Wasserversorgung wird aber mittlerweile auch von der Europäischen Union für nahezu die Hälfte seiner Bevölkerung als potenzielles Problem gesehen. Belgien, Bulgarien, Italien, Malta, Spanien und Zypern verbrauchen derzeit jährlich mindestens 20 % ihrer langfristigen Wasservorräte. Zypern, das von schweren Dürren heimgesucht wurde, konsumierte weit über 40 % seiner erneuerbaren Vorräte. Immerhin geht man dort die Wasserversorgung jetzt auch strategisch an. In allen landwirtschaftlichen Regionen werden die Bewässerungssysteme effizienter gestaltet. Bewässerungspläne müssen erstellt werden und die Landwirte bekommen Wasseruhren zur Messung ihres Verbrauchs. Die Regierung plant auch ein Quotensystem für die Bewässerung inklusive Kontrollen und Sanktionen bei Übernutzung der Ressource. In Zeiten der Trockenheit soll es Nutzungseinschränkungen für die Landwirtschaft geben. Ganz im Rahmen der aktuellen EU-Pläne zur Nutzung von Abwasser sollen marginale Wasserquellen und die Wiederverwendung von Wasser für die Landwirtschaft eingeplant werden.

Die Geografie und das Klima Europas sind verantwortlich für die ungleiche Wasserverteilung innerhalb der EU – eine Situation, die durch die Tätigkeiten des Menschen noch verschlimmert wird. In Südeuropa beispielsweise hat die Entwicklung touristischer Infrastrukturen die Wassernachfrage erhöht und Wüstenbildung und dem Eindringen von Salzwasser in die



Grundwasserleiter einiger Süßwasserküstengebiete Vorschub geleistet.

Und das Problem scheint mit dem Klimawandel weiterzuwachsen. Seit 1980 haben die Dürrefälle in Europa nicht nur zugenommen, sondern sind auch schwerer geworden – mit einem Kostenaufwand laut EU über die letzten 30 Jahre von schätzungsweise 100 Mrd. EUR. Eine der schlimmsten Dürren ereignete sich im Jahr 2003, als ein Drittel des Gebiets der EU und über 100 Millionen Menschen betroffen waren. Zwischen 1976 und 2006 ist die Zahl der dürregefährdeten Einwohner und Gebiete um nahezu 20 % gestiegen, und die jährlichen Durchschnittskosten haben sich vervierfacht. Andererseits nimmt die Wassernachfrage in Europa weiterhin spürbar zu.

Was ist zu tun? Nach Ansicht der Wissenschaftler vom WRI könnte ein Großteil der Wasserprobleme durch eine effizientere Nutzung der vorhandenen Ressourcen vermieden werden. Dazu gehören vor allem eine konsequentere Wiederverwendung von Abwasser. So würden in den arabischen Golfstaaten zwar 84 Prozent

allen Abwassers gesammelt und aufbereitet, aber nur 44 Prozent werden auch wiedergenutzt.

Ähnlich sieht es auch Wasserexperte Engelbert Schramm vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt: „Wenn wir bei der weltweiten Wasserversorgung niemanden zurücklassen wollen, wie die Vereinten Nationen das in den Nachhaltigkeitszielen erklärt haben, müssen wir Wasser konsequent mehrfach nutzen“, sagte er dem Internetportal scinexx. „Anstatt meist mit Zwangsumsiedlungen verbundene Talsperren zu bauen oder die letzten Grundwasserressourcen zu erschließen, die sich zudem teilweise nur sehr langsam erneuern, müssen wir Abwasser als zusätzliche Wasserressource etablieren. Damit können wir den Druck auf den natürlichen Wasserkreislauf deutlich verringern.“

In dem präsentierten Zahlen-Atlas stecken fünf Jahre Recherche. Auch Landnutzungs- und Bevölkerungsdaten sind eingeflossen. Er ist keine reine Bestandsaufnahme, sondern auch Ursachenforschung. Die Wasserversorgung sei durch den Klimawandel bedroht, durch Wasserverschwendung und durch Verunreinigung, so das WRI. Wasserknappheit wiederum bedrohe die Ernten, die industrielle Produktion und verschlimmere Hungersnöte.

Indien insgesamt gehört zu den besonders betroffenen Nationen. „Indiens Nationale Planungsbehörde hat im Juni einen Bericht veröffentlicht, der klipp und klar feststellt: Indien leidet an der schlimmsten Wasserkrise seiner Geschichte. Die Ursache: Indische Wälder wurden umfangreich abgeholzt und Flüsse zur Bewässerung von Feldern umgeleitet.“

Die Menschheit verbraucht heute doppelt so viel Wasser wie noch in den 1960er Jahren, bilanziert das WRI. Mit besserer Information, Planung und Wassermanagement und bewährten Lösungsansätzen wie effizienter Bewässerung, dem Stopfen von Lecks, dem Recyclen von Schmutzwasser und dem Schutz von Grundwasser kann die sich abzeichnende Krise aber zumindest gemildert werden. Gleichwohl: Es besteht dringender Handlungsbedarf. 

INFO

Insgesamt gibt es rund 14.000 Kubikkilometer an einfach erreichbaren Süßwasservorräten auf der Erde. Diese Zahl umfasst Oberflächenwasser in Flüssen und Seen, aber auch Grundwasser. Von diesem Gesamtangebot werden „nur“ 5.000 Kubikkilometer von der Menschheit genutzt. Theoretisch ist also genug Süßwasser vorhanden, um eine Weltbevölkerung von sieben Milliarden Menschen oder sogar einen Bevölkerungsanstieg auf neun Milliarden Menschen zu versorgen. Aber durch die ungleiche geografische Verteilung und im Speziellen auch dem ungleich starken Konsum von Wasser besteht in einigen Regionen der Welt Wasserknappheit, in denen große Teile der Weltbevölkerung leben. Eine Übernutzung der Wasserreserven resultiert meist aus der Landwirtschaft, aber auch der Industrie. Menschen in Industrieländern verbrauchen circa zehn-mal mehr Wasser als Menschen in Entwicklungsländern. Ein Großteil dieses Verbrauchs wird durch indirekten Wasserverbrauch, zum Beispiel in der landwirtschaftlichen oder industriellen Produktion von Konsumgütern, verursacht. Wasserknappheit entsteht aber oft auch durch schlechtes Management der vorhandenen Wasserressourcen. Nach Aussagen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ist dies häufiger als fehlende natürliche Ressourcen die Ursache. Die meisten Länder und Regionen, die unter Wasserknappheit leiden, hätten nämlich eigentlich genügend Vorkommen, aber nicht das nötige Knowhow oder die Technik, um es der Bevölkerung zugänglich zu machen.

Quelle: Wikipedia u.a.

HERAUSFORDERUNG E-Scooter

In null Komma nichts überschwemmt elektrische Verleih-Scooter nach der Zulassung am 15. Juni die Straßen der metropolen Stadtkerne. Schon lange davor waren sie für die großstädtischen Innenstädte als denkbare Alternative zum Automobil ersehnt und gehypet worden: eine Annahme, die sich – zumindest bislang – nicht bestätigt hat.

Diese Elektrokraftfahrzeuge versprochen – und versprechen noch – die Vehikel zu sein, mit deren Unterstützung selbst Hardcore-Automobilisten der Umstieg auf den ÖPNV schmackhaft gemacht werden könnte. Die Pendler könnten ihren PKW in der Garage lassen, um mit Bussen und Bahnen zum Arbeitsort zu gelangen, damit sie dann die letzte Meile ganz bequem e-rollend zurücklegen können. Mit dem unausgesprochenen Ziel, den beinahe täglich kollabierenden Verkehr in den Städten ein Stück weit von der letzten Eskalationsstufe fernhalten zu können und auch, um ein wenig zur Verkehrswende beizutragen. So zumindest der Wunsch, der viele Gedanken leitete und die Vorfreude auf die kleinen Flitzer breitflächig nach oben puschte.

Doch gefehlt: Nicht die berufstätigen Pendler greifen primär zum Leihroller, sondern bevorzugt Touristen und Spaßfahrer. Eine Umfrage in Paris hat gezeigt, dass lediglich 8 Prozent von mehr als 4.000 E-Scooter-Nutzern eine Auto- oder Taxifahrt ersetzt haben. Alle anderen wären ohne die kleinen Spaßmobile entweder zu Fuß gegangen, wären mit dem Rad gefahren oder hätten den ÖPNV genutzt. Im ruhenden Verkehr sorgen die Microfahrzeuge zudem für ein gewisses Chaos: Sie stehen hier wie dort und überall, wo sie eher stören als geordnet anzutreffen sind.

So wundert denn nicht, dass bereits vier Wochen nach der Zulassung der Berliner Tagesspiegel von Problemen im Umgang mit den E-Tretrollern berichtete: im Mittelpunkt rücksichtslose Nutzer, die sich um Verbote nicht scherten. Mitte Juli wurden in Berlin bereits rund 4.800 E-Scooter gezählt, weitere rund 3.200 Roller standen sozusagen schon in der Pipeline. Der Grund: Acht Verleihfirmen

wollte die Berliner Verkehrsverwaltung mit je rund 1.000 E-Rollern den Zuschlag geben, damit diese ihre smarten Kleinfahrzeuge im Stadtgebiet zur Ausleihe deponieren können. Eine Vorstellung, die wenig Begeisterung bei den Berlinern auslöste.

Kleinfahrzeuge verursachen größere Probleme

Ob in Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Köln oder München – überall in den Metropolen kletterte binnen Kurzem die Skala auf dem Ärger-Thermometer in den roten Bereich. Der Grund dafür war in Ost und West, in Nord und Süd letztlich identisch und kann auf einen gemeinsamen Nenner zurückgeführt werden, der da lautet: „Unvernunft gepaart mit Nichtwissen“. Längst nicht alle E-Scooter-Piloten kennen wenigstens die Basisregeln, die da lauten: maximal ein Nutzer, gefahren werden darf ausschließlich auf Radwegen oder der Straße, der Alkoholkonsum ist wie beim Auto limitiert und für Fahrer unter 21 Jahren sowieso auf 0,0 Promille festgesetzt.

Die Realität in den Städten zeigt häufig Unerfreuliches: Alkoholisierte Menschen kurven auf Fußwegen, auf dem kleinen Mobil stehen gleich zwei Nutzer – auch von drei Personen auf dem schmalen Gefährt ist schon berichtet worden – oder die batteriebetriebenen Flitzer düsen durch Parks oder Fußgängerzonen. Und am Ende mancher Spaßfahrt landet der E-Roller dann im Rhein oder der Isar oder steht an Straßenecken, wo er nicht hingehört, und behindert Senioren – freilich nicht nur die – mit Rollatoren. Alles nicht erlaubt. Die wenig schönen Folgen quer durch die Republik sind Unfälle, teils mit Schwerverletzten.



Unfälle mit E-Tretrollern nehmen zu.

Mit Roller-Regeln zu Sicherheit und Ordnung

Schnell reagierten Städte wie Dresden und Düsseldorf auf das Wildwest-Benehmen der E-Scooter-Fahrer und stellten flott Roller-Regeln auf. Der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben Ende August ebenfalls gehandelt und gemeinsam mit vier Anbietern von E-Tretroller-Verleihsystemen ein „Memorandum of Understanding“ verfasst. Ziel soll jeweils sein, das E-Scooting in allseits verträgliche Bahnen zu lenken und damit letztlich für mehr Sicherheit und Ordnung zu sorgen. So begrenzt die sächsische Landeshauptstadt die Anzahl der E-Scooter in einzelnen Stadtgebieten. Auch wurden sogenannte rote Zonen festgelegt, in denen die smarten Flitzer nicht abgestellt werden dürfen. Die Nutzer werden darüber in der App informiert, die sowieso zwingend auf dem Smartphone installiert werden muss, um überhaupt einen E-Scooter ausleihen zu können.

Schärfere Regeln in der Stadt Düsseldorf werden ab Januar 2020 gelten, wie der WDR berichtet. Beispielsweise soll das wilde Parken durch das Festlegen von Abgabestationen unterbunden werden. „Wir wollen niemandem den Spaß an den neuen Scootern verderben, aber müssen auch verhindern, dass dies auf Kosten anderer Verkehrsteilnehmer geht“,

präzisiert Oberbürgermeister Geisel im WDR die kommunale Intention der Verschärfung.

Verbände und Verleiher in einem Boot

Zwei kommunale Verbände haben sich im Memorandum of Understanding „Nahmobilität gemeinsam stärken“ (Download unter <https://www.dstgb.de>) zusammen mit Anbietern der Elektro-Tretroller darauf verständigt, vor Ort Lösungen zu entwickeln, „um die E-Tretroller erfolgreich in den kommunalen Verkehr zu integrieren und dadurch die Nahmobilität zu stärken“. Die Anbieter der Leih-Tretroller ihrerseits sind bereit, „den Festlegungen, Maßgaben und Erfordernissen dieser Lösungen zu entsprechen“, wie es in dem Papier vom 26. August 2019 heißt, in dem „der Handlungs- und Abstimmungsbedarf für eine erfolgreiche Integration von Leihsystemen mit Elektrokraftfahrzeugen in Kommunen“ formuliert werden. Konkret ist als Beispiel vorgesehen, in den Kommunen gekennzeichnete Bereiche sowie Verleihstationen für die E-Scooter einzurichten. Diese Abstellstandorte haben gleich einen mehrfachen Nutzen: Die kommunale Ordnung wird nicht gestört, die Anbieter wissen, wo sie ihre mobilen Kleinfahrzeuge finden, um sie warten und aufladen zu können, und die Kundinnen und Kunden kennen dank der App die Standorte, an denen sie E-Scooter auslei-

hen und/oder zurückbringen können. Damit das Irgendwo-Abstellen künftig unterbleibt, sollen die Anbieter von ihren Kunden eine Bestätigung für das korrekte Parken verlangen; beispielsweise durch ein Foto des E-Scooters von einem der autorisierten Standorte.

Freiwilligkeit dominiert

Die Kommunen können „bestimmte Gebiete wie denkmalgeschützte Bereiche oder Orte, an denen die Verkehrssicherheit besonders gefährdet ist“, als Ausschlussfläche für E-Scooter-Standorte festlegen. Die unterzeichnenden E-Tretroller-Anbieter des Memorandums halten sich „an diese Festlegungen und unterstützen die Durchsetzung von Abstell- und Fahrverboten durch geeignete und zulässige technische Maßnahmen“. So haben es die Verbände mit den Anbietern vereinbart.

Vorgesehen ist zudem, dass sich die Anbieter der zu leihenden Tretroller sowohl mit den Kommunen als auch mit den ÖPNV-Unternehmen und den Stadtwerken ins Benehmen setzen. Konkret gilt es, „die E-Tretroller in die Mobilitätskette zu integrieren, an Haltepunkte des ÖPNV anzupassen und dadurch die Nahmobilität zu stärken“. Die lokalen Stadtwerke sollen zudem kontaktiert werden für Informationen über mögliche Abstellstandorte mit einer vorhandenen Lademöglichkeit.

Alle Bemühungen um Ordnung im ruhenden Verkehr werden vermutlich kaum ausreichen, um alle Chauffeure von E-Tretrollern dazu zu bringen, nur dort den E-Scooter abzustellen, wo er auch hin soll. Daher wurden in dem Memorandum bereits zwei wesentliche Punkte vorgesehen: Zum einen sollen sowohl auf kommunaler Seite wie auf Anbieterseite Ansprechpartner benannt werden, damit eine kurze wie eine regelmäßige Kommunikation gewährleistet sind. Außerdem richten die Anbieter ein Beschwerdemanagement ein: Über eine Beschwerde-Hotline soll jedermann wie jedermann den Anbieter über falsch abgestellte oder defekte E-Scooter informieren können.

Beate Henes-Karnahl

Erste Einschätzung des UBA

Kein Beitrag zur Verkehrswende

Das Umweltbundesamt (UBA) kann den elektrischen Tretrollern aktuell wenig abgewinnen: Sie sind zurzeit kein Gewinn für die Umwelt, heißt es Anfang September aus der Dessauer Behörde. Dabei hätten die kleinen Flitzer durchaus „das Potenzial, Mobilität nachhaltiger zu machen: wenn sie Autofahrten ersetzen“ würden. Dies ist noch kaum der Fall.

Angeregt wird, dass Kommunen künftig nur E-Scooter zum Verleih genehmigen sollten, die bestimmte Umweltkriterien ähnlich dem Blauen Engel für Pedelecs erfüllen würden. Den Anbietern von elektrischen Verleih-Tretrollern wird empfohlen, doch die Elektrokraftfahrzeuge in den Außenbezirken statt in den Innenstädten aufzustellen. Just da könne der Einsatz des neuartigen Verkehrsmittels sinnvoll sein.

Mehr über die gegenwärtige Einschätzung der kleinen Roller aus Sicht des Umweltbundesamtes kann auf Mausklick unter www.umweltbundesamt.de gelesen werden.



WENN DER BUS KOMMT WIE gerufen

Der Bus kommt genau dann, wenn man ihn braucht, und setzt seine Fahrgäste dort ab, wo sie hinwollen, und das Ganze schnell, flexibel und zuverlässig. – Der Traum all jener, die öffentliche Personennahverkehrsmittel nutzen. Fachleute aus drei Verkehrsinstituten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) testeten mit einem digital gestützten „Bedarfsbus“, wie das funktionieren könnte. Die Bilanz eines Praxistests.



Neugier, Spannung, Freude, manchmal auch Enttäuschung und Ärger – eine ganze Palette von Emotionen zeichnete sich ab, wann immer die beiden Kleinbusse des Reallabors Schorndorf um die Ecken der teils engen Straßen in der Schorndorfer Südstadt bogen. Die Herausforderung: die Passagiere entsprechend den individuellen Fahrtwünschen pünktlich und punktgenau abholen und an ihrem jeweiligen Ziel absetzen – also Busfahren ohne feste Routen und Haltestellen.

Für rund drei Jahre war das östlich von Stuttgart gelegene Mittelzentrum mit seinen rund 40.000 Einwohnern Schauplatz eines europaweit einmaligen Forschungsprojekts. Am Geburtsort Gottlieb Daimlers, dessen Namen einer der Busse trägt, entwickelten und erprobten Verkehrsforscherinnen und -forscher des DLR gemeinsam mit Partnern und den Bürgern vor Ort eine Lösung für die Mobilität der Zukunft. Statt nach Fahrplan fuhr der Bus nur nach Bedarf – nicht als zusätzliches Angebot wie in anderen Projekten, sondern als Ersatz für zwei bestehende Buslinien. Das Ziel: den öffentlichen Nahverkehr flexibler und nachhaltiger gestalten und damit enger an den Bedürfnissen der Nutzer ausrichten. Gleichzeitig sollten Leerfahrten vermieden, der Verkehr damit reduziert und so Ressourcen gezielter eingesetzt werden. Busfahren on demand (Anforderung): flexibel mobil auch in Nebenzeiten.

Viele innovative Mobilitätsangebote konzentrieren sich auf bestimmte Zielgruppen oder den innerstädtischen Bereich von Metropolen. Schorndorf hingegen steht mit seiner Struktur stellvertretend für viele Gemeinden in Deutschland, die angesichts ihrer Größe und Lage bei dieser Entwicklung bisher selten berücksichtigt wurden. „Doch gerade in solchen Gegenden empfinden viele den Nahverkehr als unzureichend und wenig flexibel“, beschreibt Mascha Brost, DLR-Wissenschaftlerin und Projektleiterin des Reallabors, die Ausgangslage. Exemplarisch zeigt sich hier auch das Dilemma des öffentlichen Nahverkehrs in Zeiten schwacher Auslastung, zum Beispiel abends oder an Wochenenden: Bedienen Busse ein engmaschiges Netz mit dichtem Takt, fahren sie oft nur mit wenigen Passagieren oder ganz leer. Ein niedriger Takt mit nur einzelnen Routen hält zwar die Kosten und die Umweltbelastung geringer, ist aber aus Sicht der Fahrgäste unflexibel und daher wenig attraktiv.

Eine Lösungsmöglichkeit sind Bedarfsbussysteme. „Wir wollten im Reallabor Schorndorf herausfinden, wie Busfahren ‚on demand‘ für alle Bevölkerungsgruppen funktionieren kann und welche Chancen und Herausforderungen die Einführung eines solchen Systems mit sich bringt“, fasst Mascha Brost zusammen. Besonders im Fokus standen dabei drei Schwerpunkte: das Bedienkonzept für den Bedarfsbus, die Beteiligung der Menschen vor Ort und die

Entwicklung innovativer Fahrzeugkonzepte für zukünftige Bedarfsbussysteme. Mit dem Startschuss im Februar 2016 galt es, möglichst zügig die Ausgangslage vor Ort genau unter die Lupe zu nehmen, Fahrzeuge zu organisieren sowie die Rahmenbedingungen und regulatorischen Anforderungen im öffentlichen Personennahverkehr zu berücksichtigen. Konkret bedeutete das zum Beispiel, herauszufinden, wo die Kleinbusse des Reallabors überhaupt fahren und halten konnten und durften. Beim Abgehen des Einsatzgebiets in der Schorndorfer Südstadt erfasste das Team Verkehrszeichen, Fußgängerwege, Kantens und Absätze, um so neben den vorhandenen Haltestellen mehr als 200 zusätzliche potenzielle Ein- und Ausstiegsorte festzulegen. Diese virtuellen Haltepunkte und flexiblen Fahrstrecken ermöglichten neue, individuelle Direktverbindungen und kürzere Fußwege zu den Haltepunkten.

Erfolgsfaktor Partizipation: Schorndorfer Bürger als Experten vor Ort. Von Beginn an begleitete das Team des Reallabors das Projekt mit einer umfangreichen Kommunikations- und Partizipationskampagne, um die Schorndorfer Bürger und kommunalen Gremien zu informieren und aktiv einzubinden: Dazu gehörten öffentliche Informationsveranstaltungen, Befragungen, Interviews und die Begleitung von Testnutzern genauso wie Mobilitätswerkstätten und mehrere Workshops mit Personen aus unterschiedlichen Nutzergruppen.

Mit diesem Wissen als Grundlage machte sich die Reallabor-Gruppe daran, das digitale Bestellsystem zu erarbeiten. Als zentrale Komponente verband das Team sämtliche Akteure des Bedarfsbussystems miteinander. Per Smartphone-App, Website, Telefon oder in teilnehmenden Geschäften, Restaurants und Cafés konnten Nutzer ihren Fahrtwunsch übermitteln, also wo und wann sie abgeholt und wohin sie gebracht werden wollten. Ein spezieller und ständig optimierter Algorithmus berechnete dann aus allen Anfragen eine Route und teilte den Nutzern die tatsächliche Abholzeit sowie den Zustiegsort mit. Die Fahrer der beiden Kleinbusse erhielten die jeweils aktuelle Strecke ebenfalls über eine eigens für diesen Einsatz programmierte Nutzeroberfläche angezeigt. „In die Entwicklung dieses Bedienkonzepts ist das Knowhow aller Projektpartner eingeflossen“, erläutert DLR-Verkehrsforscherin Mascha Brost. Nach zweijähriger Vorbereitungs- und Entwicklungszeit startete im März 2018 der Livebetrieb des Bedarfsbusses: Die beiden speziell für den öffentlichen Personennahverkehr umgerüsteten Kleinbusse des Reallabors Schorndorf waren von Freitagnachmittag bis Betriebsschluss Sonntagnacht im Einsatz. Außerhalb dieses Zeitraums galt der normale Fahrplan. Speziell die ersten Wochenenden des Livebetriebs waren mit sehr vielen Herausforderungen und Emotionen verbunden. Mitglieder des Projektteams fuhren teilweise rund um die Uhr in den beiden

Bussen mit, um das Konzept zu erklären und bei Problemen zu helfen. Die Erwartungen waren extrem hoch, und gerade in der Anfangsphase, als das Buchungssystem nicht immer rundlief, hat das Team neben konstruktiver Kritik auch viel Ärger abbekommen.

Als Anfang Dezember der Livebetrieb des Bedarfsbusses nach 39 Wochenenden zu Ende ging, hatten die beiden Kleinbusse mehr als 10.000 Fahrgäste befördert und über 20.000 Kilometer zurückgelegt. Durchschnittlich nutzten jedes Wochenende 250 Personen das Angebot. Zwei Drittel bestellten den Bus mittels App, ein Drittel nutzte den telefonischen Bestellservice, die weiteren Möglichkeiten der Bestellung mittels Website und in teilnehmenden Einrichtungen fanden hingegen nur selten Anwendung.

„Der praktische Betrieb hat sehr gut die Chancen und Herausforderungen eines solchen Mobilitätssystems aufgezeigt“, bilanziert Mascha Brost. Im Vergleich zum Liniensystem konnten etwa 10 Prozent der Fahrzeugkilometer und gut 20 Prozent der möglichen Umläufe eingespart werden, weil keine Buchungen vorlagen. Da kleinere Busse im Einsatz waren, sank der Kraftstoffverbrauch um mehr als die Hälfte und das Vermeiden von Leerfahrten kam bei vielen Bürgern sehr gut an. Ein positiver Trend zeigte sich auch in den Nutzerbefragungen: Waren im Mai rund 35 Prozent mit dem Buskonzept des Reallabors zufrieden oder sehr zufrieden, steigerte sich der Anteil Ende

Selbstfahrender Bus

In Bad Birnbach in Niederbayern läuft derzeit ein anderes Technologieprojekt: der Bus, der sich selbst ans Ziel bringt. Das futuristische Gefährt versetzt Besucher des Kurorts im Kreis Rottal-Inn regelmäßig ins Staunen: Dort zieht, bis heute einmalig in Deutschland, ein Bus seine Kreise, der keinen Busfahrer mehr braucht. Denn Bad Birnbach erprobt seit zwei Jahren den Nahverkehr der Zukunft mit Deutschlands erster selbstfahrender Buslinie auf öffentlichen Straßen. Das Projekt ist so erfolgreich, dass die Initiatoren jetzt die zweite Ausbaustufe zündeten – und das Netz nochmals erweiterten.

Oktober auf 50 Prozent. Den Grund sehen die Wissenschaftler/innen vor allem in der kontinuierlichen Verbesserung des Systems und dem Gewöhnungseffekt. Deutlich zeigte sich dabei ein Generationensplit: Jüngere kamen mit dem System tendenziell besser zurecht und waren zufriedener als Ältere.

Deutlich hat sich herausgestellt, dass Veränderungen im öffentlichen Nahverkehr sehr viel Zeit brauchen: „Wir haben unterschätzt, wie sehr die Menschen durch ihre Routinen geprägt sind“, so DLR-Forscherin Katharina Karnahl, die die Umsetzung des Bedienkonzepts betreute. Auch nach dem offiziellen Ende geht für die Forscher/innen die Arbeit weiter: „Wir haben alle Lust, in diesem Themenbereich weiterzuforschen und innovativen Mobilitätskonzepten auf den Grund zu gehen.“

Quelle: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR). Dieser Beitrag erschien zuerst in Langfassung im DLR-Magazin 161 (Juli 2019).

Die Autorin:
Denise Nüssle ist
Presseredakteurin
des DLR am Standort
Stuttgart.

Über 90 Prozent des Plastikmülls in den Weltmeeren stammen aus neun Flüssen in Asien und Afrika, so wird immer kolportiert. Doch Europa ist beteiligt, indirekt ...

Globaler Umweltschutz

/ DIE PlastikSCHWEMME IN DEN WELTMEEREN

Endlich mal eine gute Nachricht, oder? Der Meeresstaubsauger „The Ocean Cleanup“ des niederländischen Erfinders Boyan Slat funktioniert wieder – und sammelt aktuell Plastik am Pazifischen Müllstrudel ein. Letztes Jahr war das System 001 des 25-Jährigen zunächst gescheitert. Eingesammelter Kunststoffmüll war wieder zurück ins Meer getrieben und ein 18 Meter langes Endstück hatte sich vom Gerät gelöst.

Seit Juni 2019 ist nun das modifizierte System 001/B im Einsatz. Und es funktioniert. Erfinder Boyan Slat postete auf Twitter ein Bild vom eingefangenen Plastik und schrieb: „Unser Ocean-Cleanup-System fängt endlich Plastik ein, von einem eine Tonne schweren Geisternetz bis hin zu kleinem Mikroplastik!“

Damit ist wohl die Bahn frei für die Entwicklung eines größeren Geräts, das langfristig im Meer arbeiten soll. Mit Fangarmen aus langen Röhren, die wie eine Art Sieb funktionieren, wird an der Meeresoberfläche abgefischt. Per Boot sollen die so gesammelten Plastikreste dann an Land gebracht und dort recycelt werden. Soweit die Idee und ihre erste Umsetzung. Doch schon finden sich Skeptiker. Plastikmüll aus dem Meer zu entfernen ist fast nie eine gute Idee, sagt Melanie Bergmann, die am Helmholtzzentrum für Polar- und Meeresforschung zu Tiefseeökologie und -technologie in Bremerhaven forscht. Ausnahmen wären lediglich Strände und Flussufer, an denen es sinnvoll ist, Müll maschinell oder per Hand einzusammeln.

Bergmann ist überzeugt, dies alles werde nicht funktionieren wie gewünscht. Denn jedes Gerät, das im oder auf dem Wasser Müll einsammelt, sammelt gleichzeitig auch immer Tiere und Pflanzen ein, die sich im Oberflächenbereich aufhalten, etwa Schnecken, kleine Quallen oder

Großalgen. Am Ende könnte das Einsammeln von Müll im Meer so einen insgesamt größeren ökologischen Schaden verursachen als Nutzen bringen, so die Wissenschaftlerin. Zudem würde der meiste Müll schnell absinken – sodass er gar nicht mehr eingesammelt werden könne. Und an der Oberfläche eingesammelter Müll habe über die Zeit Salz angenommen. Es sei also fraglich, ob er überhaupt recyclingfähig sei? Bergmanns Hoffnungen, dass sich das Meer irgendwann vom Müll erholt, beruhen auf der Annahme, dass sich der Plastikmüll sehr langfristig am Meeresgrund zersetzt. „Aktuell können wir nur noch dafür sorgen, dass das Problem Plastikmüll in den Meeren nicht noch größer wird“, sagt sie.

Doch wo kommt der ganze Plastikmüll eigentlich her, der da in den Weltmeeren kreiselt? Mit Abstand am meisten Plastikmüll spült demnach der Jangtse – der längste Fluss Chinas – in die Ozeane, schätzungsweise 333.000 Tonnen. Auf dem zweiten Rang folgt der Ganges mit etwa 115.000 Tonnen. Laut Schätzungen stammen 86 Prozent des Plastiks, das über Flüsse in die Ozeane gelangt, aus Asien – vor allem aus China. Zum Vergleich, so das Nachrichtenmagazin „Spiegel“: Flüsse in Afrika trügen knapp 8 Prozent zur Verschmutzung der Weltmeere mit Kunststoff bei, europäische 0,28 Prozent. Dass Europa offenbar wenig zur Plastikverschmutzung der Weltmeere beiträgt, liegt an der im internationalen Vergleich hochentwickelten Abfallwirtschaft. Selbst der Teil des Mülls, der nicht verbrannt oder recycelt wird, landet nicht in der Natur, sondern in kontrollierten Deponien. In Entwicklungs- und Schwellenländern sieht das meist anders aus. Gleichwohl: Es gibt für die Industriestaaten keinen Grund, sich selbstgefällig zurückzulehnen. Beispiel China: Die Volksrepublik

importierte jahrelang Kunststoffabfälle aus aller Welt, um daraus neue Rohstoffe zu gewinnen. Gerade Deutschland nutzte das Angebot gern und verschifft gut 10 Prozent seines Plastikmülls ins Reich der Mitte. Doch oft hatte dieser Müll nicht die versprochene Qualität – Recycling war unmöglich. China zog deshalb die Reißleine und hat 2018 den Import von Plastikmüll verboten.

Ähnlich: Malaysia. 100.000 Tonnen Plastikmüll haben deutsche Firmen 2018 nach Malaysia verschifft. Auch andere Länder wie die USA, Japan und Saudi-Arabien verschifften seit dem Importstopp Chinas Hunderttausende Tonnen zum Teil unsortierten Müll dorthin. Statt recycelt zu werden, landet dieser oft in illegalen Fabriken oder Deponien und belastet Mensch und Natur. Die ungebremste Einfuhr von Plastikmüll will Malaysia nun nicht länger hinnehmen und droht Tausende Tonnen unsortierter Abfälle wieder zurückzuschicken. Damit folgt sie dem Beispiel von den Philippinen. Nach monatelangen Querelen schickte deren Regierung mehr als 1.300 Tonnen Müll nach Kanada zurück.

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Deutsche Landkreistag für ein sofortiges Exportverbot für Plastikmüll vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländer aus. In vielen Ländern ist eine angemessene Entsorgung nicht sichergestellt, sagt Präsident Landrat Reinhard Sager: „Plastik, das einmal ins Meer gelangt, kann nie mehr vollständig geborgen werden. Das wäre ein dringend notwendiger Beitrag Deutschlands zum weltweiten Umweltschutz.“

Dazu muss in Deutschland, obwohl kaum ein Land so emsig seinen Müll trennt, bei Sammlung und Aufbereitung mehr Qualität im Vordergrund stehen. Sonst bleiben hohe Anteile des Plastikmülls Problemmüll ...

Größte bundesweite GKV-Umfrage bestätigt

BESTE VERSORGUNGSQUALITÄT FÜR SCHWERHÖRIGE MENSCHEN

Gerade wenn es um Gesundheit geht, ist eine sehr gute Versorgungsqualität entscheidend.

Mit dem Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz 2017 legte der Gesetzgeber fest, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) die Versorgungsqualität in Deutschland überprüfen sollen. Kürzlich wurden die Ergebnisse der bisher größten Versichertenbefragung durch die gesetzlichen Krankenkassen zur Hörsystemversorgung in Deutschland veröffentlicht – mit Bestnoten für die Hörakustiker.

Rund 90 Prozent der Versicherten gaben an, „sehr zufrieden“ bis „zufrieden“ mit der individuellen Versorgungssituation zu sein. Unabhängig davon, ob die Versicherten eine für sie kostenfreie Versorgung gewählt oder für ein Mehr an Komfort, Ästhetik oder Bequemlichkeiten eine private Zuzahlung geleistet haben.

Rund 90 Prozent der Versicherten gaben an, über ein für sie kostenfreies Versorgungsangebot informiert worden zu sein. Die restlichen Befragten konnten sich nicht mehr erinnern oder verneinten dies.

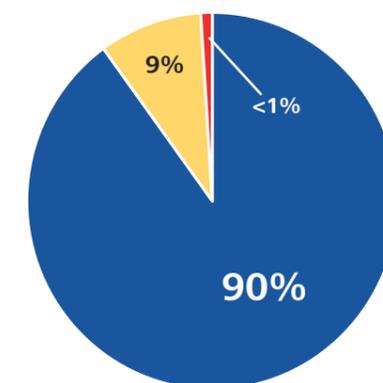
Über 80 Prozent waren überzeugt davon, dass ihre getroffene Entscheidung für eine Versorgung mit privater Zuzahlung richtig war – eine klare Aussage über die hohe Qualität der Versorgung, die die Versicherten in Deutschland genießen und die von den Hörakustikern geleistet wird.

Marianne Frickel, Hörakustik-Meisterin und Präsidentin der Bundesinnung der Hörakustiker, sagt dazu: „Jeder Versicherte wird von seinem Hörakustiker vor Ort über die Möglichkeit einer kostenfreien Versorgung informiert und erhält auf Wunsch ein entsprechendes Versorgungsangebot. Egal, ob sich der Versicherte für eine kostenfreie Versorgung oder Versorgung mit privater Zuzahlung entscheidet, er ist laut Umfrage damit zufrieden.“

Darüber hinaus war den Betroffenen die wohnortnahe Versorgung sehr wichtig. In Deutschland versorgen rund 15.000 Hörakustiker in über 6.600 Fachbetrieben flächendeckend und wohnortnah bereits 3,7 Millionen Personen mit Hörsystemen. Auf www.hoerakustiker-suche.de finden Sie den nächsten Hörakustiker in Ihrer Nähe.

Repräsentative GKV-Befragung* zur Hörsystemversorgung

* GKV: gesetzliche Krankenversicherungen



ca. **90%** zufrieden

Befragte Hörsystemträger sind sehr zufrieden bis zufrieden mit ihrer Versorgung

biha
Bundesinnung der
Hörakustiker KdÖR

Thüringen: ROLF BEREND EINDRUCKSVOLL WIEDERGEWÄHLT

Auf dem 15. Landesdelegiertentag der Seniorenunion der CDU Thüringen im Augustinerkloster in Erfurt, wurde an seinem Geburtstag der langjährige Thüringer Europaabgeordnete Rolf Berend mit 98% der abgegebenen Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden gewählt. Berend, auch Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union Deutschland, führt seit 2009 den Thüringer Landesverband. Dieser ist mit weitem Abstand der mitgliederstärkste der neuen Bundesländer und vom Durchschnittsalter deutschlandweit sogar der jüngste. In seiner Rede vor den Delegierten und im Beisein von Gästen aus der Landes- und Bundespolitik sowie befreundeten Landesverbänden der Senioren-Union aus den Nachbarbundesländern machte er auf die Unverzichtbarkeit der älteren Generation nicht nur bei Wahlen, sondern auch in Wirtschaft und Gesellschaft aufmerksam. „Ein

Narr, wer meint, dieses Potenzial missachten zu können. Wir brauchen heute bei der Bewältigung der in unserem Land anstehenden Probleme mehr denn je Alt und Jung, das Miteinander der Generationen.“ Es stimme zwar, dass, wer die Jugend habe, auch die Zukunft hätte, aber wer die Älteren auf seiner Seite wisse, der habe die Mehrheit, und die sei schließlich in der Demokratie entscheidend, so Berend unter dem Beifall der Delegierten. CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender Mike Mohring fand in seiner Rede lobende Worte für den aktiven Landesverband und seinen Vorsitzenden, auf dessen konstruktive Mitarbeit in der Landespartei nicht verzichtet werden könne. Und der Bundesvorsitzende, Prof. Dr. Otto Wulff, betonte: „Diese Thüringer Senioren-Union ist nicht nur ein Leuchtturm in den neuen Bundesländern, sondern sie hat mit Rolf Berend eine gewichti-



Geburtstagsgratulation dem wiedergewählten Landesvorsitzenden Rolf Berend (r.)

ge, unüberhörbare Stimme sowohl in Berlin im Bundesvorstand als auch in Brüssel, dort, als einer unserer beiden deutschen Vertreter im Exekutivkomitee der Europäischen Senioren-

Mecklenburg-Vorpommern: HELGA KARP ALS LANDESVORSITZENDE BESTÄTIGT



Helga Karp, 3.v.l., im Kreis des neuen Landesvorstands

Auf der Landesversammlung der Senioren-Union Mecklenburg-Vorpommern wurden am 25. September 2019 in Güstrow ein neuer Landesvorstand und die Delegierten für die Bundesdelegiertenversammlung (2020) gewählt. Helga Karp wurde dabei mit großer Mehrheit als Landesvorsitzende im Amt bestätigt. Karp geht damit in ihre dritte Amtszeit. Zu ihren beiden Stellvertretern wurden Hannelore Glogla und Herbert Kautz gewählt. Das Amt der Schatzmeisterin übernimmt Elisabeth Kühne. Dem neuen Landesvorstand gehören weiterhin Dietmar Daubitz-Abend als Mitgliederbeauftragter, Hanne-Lore Harder, Magdalena Kirchoff, Hugo Klöckner, Walter Heinrich und Dr. Luer Kühne als Beisitzer an. In ihren Grußworten

signalisierten der CDU-Landesvorsitzende, Vincent Kokert MdL, und der Kreisvorsitzende der CDU Landkreis Rostock, Torsten Renz MdL, den Willen und die Bereitschaft, auch zukünftig gut mit der Senioren-Union zusammenzuarbeiten. Beide Gastredner gratulierten dem neugewählten Vorstand und wünschten für künftige Aufgaben stets eine glückliche Hand.



Leserumfrage: DANKE FÜR IHR VOTUM

Liebe Leserinnen und Leser, in der letzten Ausgabe haben wir Ihnen fünf Fragen zur Zukunft von Souverän gestellt. Unter anderem hatten wir um Ihre Meinung zu der Frage gebeten, ob es Souverän künftig in rein digitaler Form geben soll? Offenbar ist Ihr Interesse an der Mitgliederzeitschrift der Senioren-Union sehr groß, denn Sie antworteten in großer Zahl. Herzlichen Dank dafür! Ihre Antworten werden derzeit ausgewertet, sie bilden die Grundlage für nachfolgende intensive Beratungen zur Zukunft des Mitgliedermagazins. Die Ergebnisse dieser Auswertung werden wir Ihnen in der nächsten Ausgabe vorstellen.

NACHRUF

Gertraud Schickedanz

Am 31. Juli 2019 verstarb das ehemalige Bundesvorstandsmitglied der Senioren-Union, Gertraud Schickedanz, im Alter von 84 Jahren. Sie bereicherte die Arbeit der Senioren-Union als Mitglied des Bundesvorstands von 2014 bis 2018 und als Landesvorsitzende der SU in Berlin von 2011 bis 2016. „Frau Schickedanz kannte ich als immer sehr engagierte, lebhaft und angenehme Kollegin“, würdigte der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Otto Wulff die Verstorbene.

Bundesparteitag: SENIOREN-UNION MIT GEMEINSCHAFTSSTAND

Am 22. und 23. November findet in Leipzig der 32. Bundesparteitag der CDU statt. Selbstverständlich unter engagierter Beteiligung der Senioren-Union, die nicht nur mit eigenen Sachanträgen die politische Diskussion bereichern und vorantreiben wird, sondern auch mit einem Stand, der diesmal gemeinsam mit dem Hausärzterverband konzipiert und errichtet wird.

Er wird voraussichtlich (bei Redaktionsschluss waren noch einige Details offen) aus einem „Wohnzimmer“, einem Arztbehandlungszimmer und einer Medikamentenausgabe bzw. Apotheke bestehen, die digital miteinander verbunden sind. So wird den Delegierten und Parteitagsgästen das Thema Telemedizin und Digitalisierung im Gesundheitswesen auf anschauliche Weise nahegebracht. Der Weg nach Leipzig dürfte sich aber nicht zuletzt auch lohnen wegen der interessanten Gespräche und politischen Fachsimpelien, die sicherlich auch in diesem Jahr wieder in großer Zahl am Stand der Senioren-Union geführt werden dürften. Das Team der Bundesgeschäftsstelle freut sich auf Sie und die Tage in der Sachsen-Metropole.

schauliche Weise nahegebracht. Der Weg nach Leipzig dürfte sich aber nicht zuletzt auch lohnen wegen der interessanten Gespräche und politischen Fachsimpelien, die sicherlich auch in diesem Jahr wieder in großer Zahl am Stand der Senioren-Union geführt werden dürften. Das Team der Bundesgeschäftsstelle freut sich auf Sie und die Tage in der Sachsen-Metropole.

Grüne Klimapläne: FÜR ÄLTERE UNBEZAHLBAR

Die Senioren-Union der CDU kritisiert die im Oktober bekannt gewordenen Pläne der Grünen, Benzin und Heizöl deutlich zu verteuern. „Viele Seniorinnen und Senioren in ländlichen Regionen sind auf das Auto angewiesen, weil es weder Bahnanschlüsse noch ausreichend Busangebote gibt“, sagte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, dazu kürzlich in Berlin.

„Wer das Autofahren für Ältere unbezahlbar macht, raubt den Senioren ihre Mobilität.“ Für unsozial hält Wulff auch die Forderung der Grünen, den Einbau von Öl- und Gasheizungen ab 2025 zu verbieten. „Die Versorgung der Haushalte muss auch für Ältere finanzierbar bleiben. Die Grünen machen Politik für Besserverdienende, die sich eine teure Energieversorgung leisten können“, warnte Wulff.



Am 27. Oktober wählen die Thüringer einen neuen Landtag. Wie immer unterstützte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, den Wahlkampf der CDU mit mehreren Auftritten vor Ort, hier mit dem CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring bei der Landesdelegiertenversammlung im Augustinerkloster Erfurt.

Baden-Württemberg: LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG IN ETTLINGEN

Rückblick, Ausblick, Diskussion und Neuwahl, das sind Stichworte, mit denen sich die Landesdelegiertenversammlung in der Ettlinger Stadthalle kurz beschreiben lässt. Nach dem Bericht des Landesvorsitzenden Rainer Wieland MdEP konnte Schatzmeister Hugo Bronner auf geregelte Finanzen und eine „schwarze Null“ im Kassenbestand verweisen. Nachdem auch die Kassenprüfer dies in ihrem Bericht bestätigt hatten, stand der Entlastung des bisherigen und der Wahl des neuen Landesvorstandes unter Regie von Tagungsleiter Hans Rüdinger nichts mehr im Weg.

Überzeugend im Amt bestätigt wurde Rainer Wieland, Vizepräsident des Europaparlaments, als Landesvorsitzender, der diese Funktion in Nachfolge der herzlich begrüßten Ehrenvorsitzenden Erika Reinhardt bereits im Jahr 2017 von dem heutigen Ehrenvorsitzenden Prof. Dr. Wolfgang Frhr. von Stetten übernommen hat. Ebenso deutlich waren die Ergebnisse für die stellvertretenden Landesvorsitzenden Claus Bernhold, Elisabeth Jeggle, Ursula Kuri und Dr. Jutta Schmitz-Rixen. Bestätigt in ihren Ämtern wurden Schatzmeister Hugo Bronner, Schriftführerin Agnes Haas, Internetbeauftragter Claus Bühnert sowie der Mitgliederbeauftragte Bernhard Freisler. Neu in ihrer Aufgabe ist die Pressereferentin Reinhild Berger. Als Beisitzer arbeiten im Landesvorstand mit: Bruno Baur, Dr. Winfried Breil, Klaus Burger MdL, Ingrid Ehle, Elisabeth Ehlers, Hermann Freivogel, Johann Hoffer, Hans Köhler, Brigitte Schick, Rosely Schweizer, Gerhard Stratthaus, Karl Wißkirchen. Dem Landesvorstand gehören zusätzlich in ihrer Funktion als Bezirksvorsitzende an: Peter Grab, Eberhard Niethammer und Hans Rüdinger. Ein auf der Tagung beschlossenes Grundsatzpapier sowie einige beschlossene Anträge sind nachzulesen auf der Internetseite www.seniorenunion-bw.de. Den Schlusspunkt der Veranstaltung setzte der CDU-Landesvorsitzende Thomas Strobl, stellv. Ministerpräsident und Landesinnenminister. Er lobte die ehrenamtliche Arbeit der Senioren in der CDU.



Volles Haus bei der Landesdelegiertenversammlung in Ettlingen



Der neue Landesvorstand der Senioren-Union Baden-Württemberg

EINHEIT IN VIELFALT GESTALTEN

Europäische Senioren-Union in Sandanski: „Wir sind dabei.“

Der 10. ESU-Kongress ließ keinen Zweifel daran aufkommen: Die 150 Delegierten und Gäste aus allen Teilen des Kontinents stellen sich den neuen Aufgaben! In den Reden der Präsidentin Prof. An Hermans, ihres Stellvertreters Heinz K. Becker und in Äußerungen weiterer Persönlichkeiten wurde die gegenwärtige, u.a. durch Nationalismus und Populismus einiger Staaten, Terrorismus und anhaltende Gefahren für Flüchtlinge bestimmte Situation analysiert und zugleich als Herausforderung für politisches Handeln bezeichnet.

Daran mitzuwirken, dass sich Alt und Jung im friedlichen, freien und demokratischen Europa wohl und zu Hause fühlten, sei den politisch interessierten und zumeist ehrenamtlich tätigen Senioren auf den Leib geschrieben. Bei ihnen vereinen sich politische und Lebenserfahrung mit der Verantwortung für nachfolgende Generationen, hieß es mehrfach. Ermutigend sei die im Mai festgestellte höhere Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Die ESU fühlt sich in ihrem Bekenntnis zur Einheit in Vielfalt in Europa und das Wohlbefinden aller seiner Bürger durch jüngste Entscheidungen der künftigen EU-Kommissionspräsidentin bestärkt. Dass Ursula von der Leyen eine Vizepräsidentin für Demokratie und Demografie anstrebt, sei der gestiegenen Lebenserwartung wie auch den unablässigen Forderungen der Seniorenvertretungen zu danken. Prof. Hermans verwies dabei auf Beschlüsse der EVP in Malta und der ESU in ihrem „Manifesto“ im laufenden Jahr. Mit der Wahl der Kurstadt Sandanski, im südlichen Bulgarien und am Rand des ehemaligen „Ostblocks“ gelegen, erwies der Kongress dem einheimischen Seniorenverband SGERB unter Vorsitz von Prof. Nikolay Andreev und allen, die vor 30 Jahren den Eisernen Vorhang zum Einsturz brachten, seine Reverenz. Ihre auf ein „geeinteres und demokratischeres Europa“ gerichteten Positionen und Ziele fasste die ESU in einer „Deklaration von Sandanski“ zusammen. Neben der früher verabschiedeten „Magna Charta“ dürfte sie für längere Zeit ein wichtiger Leitfaden für das politische Handeln



Kongressdelegierte der deutschen ESU-Mitgliedsorganisationen CDU- und CSU-Senioren-Union mit Präsidentin An Hermans



sein. Sie antwortet auf die Frage: Was wollen wir, was fordern wir? In einem weiteren Beschluss nahmen die Delegierten zur erwarteten seniorengerechten und damit angemessenen Politik der EU-Kommission Stellung. Die Politiker aller Ebenen werden aufgefordert, den Demografischen Wandel in Übereinstimmung mit den jeweiligen Bedürfnissen und Erfordernissen der Älteren zu gestalten. Der Kongress wählte die seit 2013 an der Spitze stehende em. Prof. Dr. An Hermans aus Belgien erneut und fast einstimmig zur ESU-Präsidentin. Guido Dumon (B) bleibt Generalsekretär. Auch Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck aus Münster (Westfalen) (CDU-Senioren-Union) erhielt ein weiteres Mal das Vertrauen der Delegierten. Die Senioren-Union der CSU ist im Präsidium durch Manfred Hopfengärtner vertreten, der anstelle von Elke Garczyk kandidiert hatte.

ESU-TERMINE

19./20. November in Zagreb:
ESU mit Delegierten und Gästen beim Wahlkongress der Europäischen Volkspartei (EVP)

VORSCHAU AUF 2020

Tallinn: Regionalkonferenz der Baltischen Länder und Nachbarn (bisher ohne Termin)

Wien: 11. Sommerakademie für Führungskräfte (Jahresmitte)

Madrid: „25 Jahre ESU“ (Herbst) ESU-Regionalkonferenz

Verantwortlich für diese Seite:
Ulrich Winz DVPJ.



Das besondere Reiseerlebnis für Mitglieder und Freunde!

TRADITIONELLE FRÜHJAHRSEISE

APULIEN



Apulien liegt ein wenig abseits der großen Touristenrouten. Daher kann man sich hier noch an der ursprünglichen Schönheit der Region erfreuen. In den fruchtbaren Küstenebenen gedeihen Wein, Oliven, Mandeln und Tomaten prächtig. Sie haben Gelegenheit auch die kulinarischen Gaumenfreuden Apuliens zu genießen.

Die kulturellen Glanzstücke können sich sehen lassen – darunter die „Weißen Städte“, die „Trulli-Hauptstadt“ Alberobello und Matera, die Kultur-Hauptstadt 2019 mit ihren einzigartigen Höhlenlabirinth. Nicht zu vergessen die Kathedralen und Burgen aus dem Mittelalter – allen voran Castel del Monte mit seiner geheimnisvollen achteckigen Architektur. Es wurde von Kaiser Friedrich II. erbaut, der als König von Sizilien auch über Süditalien herrschte. Das eindrucksvolle Monument symbolisierte die Macht des Stauferkaisers und versetzt auch heute noch in Staunen.

Reisetermine:

18.04. bis 25.04.2020
25.04. bis 02.05.2020
Verlängerungswoche auf Anfrage möglich

Inklusiv-Leistungen:

- Flüge Deutschland* / Bari oder Brindisi / Deutschland* mit einer renommierten deutschen Fluggesellschaft in der Economy-Class
 - Flughafengebühren und Kerosinzuschläge von EUR 73,- bis 140,- pro Person (Stand 10/19)
 - Transfers Flughafen/Hotel/Flughafen
 - 7 Übernachtungen im Hotel Ostuni Rosa Marina Resort**** (Landeskategorie) im Doppelzimmer
 - Halbpension
 - Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit klimatisiertem Reisebus, inklusive Eintrittsgelder
 - Besuch einer Olivenmühle mit Verkostung
 - Rustikales Mittagessen auf einem Landgut
 - Käseverkostung
 - Deutschsprachige Reiseleitung
 - Umfangreiche Informationen zur Reise
- Flüge möglich ab/bis: Berlin-Tegel, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München, Münster-Osnabrück und Stuttgart (teilweise mit Umstieg)

Nicht im Preis enthalten:

- Zusätzliche Mahlzeiten, Getränke und persönliche Ausgaben
- Trinkgelder
- Zusätzliche Reiseversicherungen
- Eventuell anfallende Ortstax (zahlbar direkt vor Ort im Hotel)

Barrierefreiheit kann nicht gewährleistet werden. Ob die Reise trotzdem Ihren individuellen Bedürfnissen entspricht, erfragen Sie bitte vor Buchung.



Reisepreise:

Preis pro Person im Doppelzimmer*:	EUR 1.095,-	→ Grundpreis inklusive Flüge ab/bis Köln-Bonn, Bremen und Münster-Osnabrück
Einzelzimmer-Zuschlag pro Woche:	EUR 245,-	
Verlängerungswoche pro Person im Doppelzimmer* inklusive Halbpension:	EUR 560,-	→ Zuschläge pro Person für Flüge ab/bis Düsseldorf, Stuttgart und Berlin: EUR 50,- Frankfurt, Hannover und Leipzig: EUR 80,- Hamburg und München: EUR 90,-
Zuschlag Reisetrip 25.04.2020 pro Person: (*= bei Zweierbelegung)	EUR 60,-	
Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt pro Person: Grundwoche	EUR 48,-	
inkl. Verlängerungswoche (Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)	EUR 55,-	

INFORMATIONEN ANFORDERN

Reiseziel: APULIEN

Coupon ausfüllen und direkt an Terramundi GmbH, Im Wauert 14, 46286 Dorsten senden.

Schneller geht's per Fax 0 23 69 / 9 19 62-33.

Besuchen Sie unsere Website: www.terramundi.de

Bitte senden Sie mir das detaillierte Programm zur APULIEN-Reise

per Post per E-Mail

Name, Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ, Ort _____

Telefon _____
 E-Mail _____

JA, ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben aus diesem Formular zur Beantwortung meiner Anfrage erhoben und verarbeitet werden. Hinweis: Sie können Ihre Einwilligung jederzeit per E-Mail an info@terramundi.de widerrufen.



Hotel Ostuni Rosa Marina Resort****:

Lage: Die weitläufige Hotelanlage Ostuni Rosa Marina Resort**** liegt in Ostuni Marina in einer großen gepflegten, mediterranen Gartenanlage nahe einer weiten Bucht mit flach abfallendem Sandstrand. Der Hauptort Ostuni ist ca. sechs Kilometer entfernt.

Ausstattung: Das Resort ist ausgestattet mit einer Eingangshalle und 24-Stunden-Rezeption, Bar, Kaminecke, Restaurant, Konferenzräumen, einer großzügigen Gartenanlage mit zwei Außenschwimmbädern (saisonbedingt) sowie einem flachen, seeartigen Pool, einem kleinen Spa-Bereich mit klassischen Anwendungen (teilweise gegen Gebühr) und WLAN in den öffentlichen Bereichen. Am ca. 300 Meter entfernt liegendem Strand verfügt das Hotel über einen eigenen Abschnitt und einem Strandrestaurant (saisonabhängig geöffnet).

Zimmer: Alle gemütlich eingerichteten Zimmer verfügen über Bad/Dusche, WC, Klimaanlage, Satelliten-Farbfernseher, Direktwahltelefon, Minibar und Safe.

Verpflegung: Frühstück und Abendessen in Buffetform.

GLOBALISCH

Spaziert man heute durch deutsche Städte, hat man den Eindruck, man wäre im Ausland. Stirbt die deutsche Sprache aus? Dominiert Englisch? Gibt es noch andere Alternativen in der Kommunikation? Wird die Notwendigkeit, unterschiedliche Kulturen zu verstehen und miteinander in Einklang zu bringen, zu einer globalen Sprache führen? Roswitha R. Kortheuer, Übersetzerin für IT und Technik und Mitglied der Senioren-Union, meint: Man spricht zu viel über Umwelt, denn in Zukunft werden wir ein noch viel größeres Problem haben: die SPRACHE. Schon jetzt verstehen nicht alle Deutschen mehr Deutsch. Lesen von Bedienungsanleitungen oder Homebanking oder andere digitalisierte Neuerungen machen das Verständnis zunehmend schwieriger. Wenn wir nicht bald lernen oder lehren, wieder eine „verständliche Sprache“ zu sprechen, wird unser Einflussbereich sinken und damit auch die Weitergabe von Wissen erschweren, sagt Kortheuer. Vorlesungen von „jungen“ Leuten (ca. 30 – 40 Jahre) an Unis z.B. seien fast unverständlich, weil sie nur noch zu 50 Prozent aus deutschen Wörtern bestehen, wenn überhaupt. Ganze Industrien redeten in Deutschland Deutsche nicht in Deutsch, sondern in Englisch an! Vor diesem Hintergrund hat Kortheuer ein Buch geschrieben, in dem die Sprache in ihrer beeindruckenden, begeisternden aber auch erschreckenden Vielfalt beschrieben wird – und die Wandlung von Deutsch über Denglisch ins Globalische.

Roswitha R. Kortheuer: Globalisch, Hellwach-Verlag, Langenfeld, 2019, ISBN 978-3-943-965-23-0, 24,80 Euro



IDENTITÄTSLINKE LÄUTERUNGSAGENDA



Gemeinsam mit den Kolleginnen Sandra Kostner (Schwäbisch-Gmünd) und Elham Manea (Zürich) gibt Souverän-Autor Stefan Luft die Buchreihe „Impulse. Debatten zu Politik, Gesellschaft, Kultur“ heraus. Als Erstes ist jetzt der Band „Identitätslinke Läu-terungsagenda. Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften“ erschienen. Im vorliegenden ersten Band geht es um die Frage, warum gerade heute Gruppenidentitäten so vehement vorangetrieben werden. Der Impulstext dieses Buches verortet die Ursachen in der

Etablierung einer identitätslinken Läu-terungsagenda. Damit ist eine von politisch links stehenden Personen vertretene Form der Identitätspolitik gemeint, die Menschen nicht zuerst als Individuen betrachtet, sondern als Träger einer kollektiven Opfer- oder Schuldidentität. Identitätslinke ordnen diejenigen, deren Gruppe in der Vergangenheit unter Ausgrenzungen litt, einem Opferkollektiv zu, das berechtigt ist, von den Trägern der Schuldidentität Läu-terungsdemonstrationen einzufordern, die diese zu erbringen haben. Vor diesem Hintergrund werden die Folgen der identitätslinken Läu-terungsagenda für Migrationsgesellschaften diskutiert. Etwa: Wie wirkt sich dies auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus? Und: Inwiefern trägt sie zur Aufrechterhaltung von kulturell-religiösen Praktiken bei, die insbesondere Mädchen und Frauen die Inanspruchnahme ihrer Freiheitsrechte erschweren? Was ein wenig akademisch klingt, macht mit Blick auf unsere gesellschaftliche Entwicklung sehr nachdenklich.

Sandra Kostner (Hrsg.): Identitätslinke Läu-terungsagenda. Eine Debatte zu ihren Folgen für Migrationsgesellschaften (= Impulse. Debatten zu Politik, Gesellschaft, Kultur, Band 1), Ibidem-Verlag, Stuttgart, 2019, 314 Seiten, ISBN: 9783838213071, 22,00 Euro

Leserbriefe

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Ungarn stand Pate ...

Zur Verleihungsveranstaltung in Berlin, S. 6 ff.
Ich war tief beeindruckt von der durchdachten Veranstaltung, der bemerkenswerten Resonanz und den spektakulären Reden, die ich miterleben durfte. Im Resümee kann die Senioren-Union getrost stolz sein. Der Vortrag von Horst Teltshik war eine lehrreiche Führung durch die Startphase der „Wende in Europa“, geradezu mitnehmend die Wertungen, Folgerungen und Mahnungen des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union an die heute Agierenden. Ich bin froh, dass ich habe teilnehmen dürfen.

Franz Ludwig Graf Stauffenberg

Herausforderungen des Klimawandels

Zur Souverän 3-2019, S. 6 ff.
Im August-Heft Souverän habe ich erstmals seit langem erfahren, dass auch heute in der CDU noch Verantwortliche zu Wort/Schrift kommen, die – wie Frau Marie-Luise Dött und Dr. Hans Schipper und vor allem Prof. Münkler – entgegen dem allgemeinen Trend der Vereinfacher die komplexen Zusammenhänge von Ursache, Tun oder Nichtstun und entsprechenden Folgen allgemein verständlich darstellen und offensiv vertreten. Warum zeigen CDU-Funktionsträger aus Parlamenten und Regierungen nicht ähnlich „klare Kante“ in Debatten, Talkshows, bei öffentlichen Auftritten etc.? Wenn der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Herr Brinkhaus behauptet, Klima- und Umweltschutz seien bereits seit 1989 die DNA der Unionsfraktion, dann ist es ein Totalversagen der CDU/CSU im Umgang mit dieser DNA! Denn – offensichtlich hat sich die CDU diese DNA „wegoperieren“ lassen! Und die CDU hat das auch noch zugelassen. Denn: Andere Parteien und Grüppchen haben sie sich einfach als Markenzeichen „geklaut“.

Traurig, aber wahr: Herr Prof. Münkler hat recht, der CDU/CSU fehlt seit Jahren ein Masterplan, und das nicht nur für den Klimaschutz. Und was machen Frau Kamp-Karrenbauer und ihr Generalsekretär?? Vor fast einem Jahr sind sie gewählt worden, um einen für die CDU verbindlichen Masterplan vorzulegen, die Partei zu erneuern. Ich warte und warte – kann aber noch nicht einmal einen Ansatz dazu erkennen. Stattdessen: Politik aus dem hohlen Bauch, jeder, wie er kann und will. Toll! Und die SPD beglückt permanent ihre vermeintliche Klientel mit Unterstützung der CDU.

„Umweltschutz“ ist in Deutschland zur neuen Religion einer Sekte um Greta Thunberg als Pöpstin „verkommen“ und viele – leider auch aus höchsten Chargen der CDU – fallen vor ihr auf die Knie. Verboten, abschalten, schließen – heißen die Schlagworte dieser neuen Sekte. Sind diese Leute sich eigentlich bewusst, dass die Menschen, die sie heute anklagen

und beschimpfen, ihre Ausbildung, ihre Reisen, ihren Lebensstandard erarbeitet haben und es weiterhin tun und außerdem noch dafür sorgen, dass sie, die Sektenmitglieder, zukünftig auch noch Arbeitsplätze haben? Diese „Besserwisser“ stellen uns Ältere, ihre Großeltern und Eltern, die das ruinierte Deutschland wieder aufgebaut und wirtschaftlich in eine Spitzenposition weltweit geführt haben, als die DEPPEN DER NATION dar, die angeblich ihnen ihre „Zukunft NEHMEN“. Was haben diese Leute eigentlich bisher selbst für ihre eigene Zukunft getan – außer: „Ich habe Anspruch auf ...“, sprich: Handaufhalten? Das Wort „Eigenverantwortung“ ist aus ihrem Wortschatz gestrichen! Die AfD freut sich. Ich bin es leid, mich von diesen „Umwelt-Notfallplan-Sekten-Mitgliedern“ weiterhin als Nichtsnutz/Umweltsünder in die Ecke stellen zu lassen. Als ehemals verantwortlicher Leiter eines 120-Mitarbeiter-Chemie-Unternehmens habe ich bereits einen Preis für umweltbewusstes Handeln entgegennehmen dürfen (1992), als diese Sektenmitglieder noch gar nicht geboren waren. Fakt ist: Diese haben den „Klimaschutz“ jedenfalls nicht erfunden und schon wegen ihrer Jugend bisher nicht viel, wenn überhaupt etwas dafür getan! Von

den CDU-Verantwortlichen erwarte ich, dass sie endlich aus ihrer „Schlaf“-Ecke herauskommen, die Klimaschutz-DNA wiederfinden, den fehlenden Masterplan vorlegen und ihn auch offensiv umsetzen. Das Thema ist zu wichtig, um es den linken Schreihälsen zu überlassen.

Klaus Ehry, per E-Mail

Der Osten wählt

Zur Souverän 3-2019, S.4/5 Editorial
Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, widmete in der Ausgabe 3-2019 den damals noch anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen einen bemerkenswerten Leitartikel. Nur in einem Punkt kann ich nicht folgen. Wulff weist darauf hin, dass „die AfD Ängste und Sorgen schürt und sich durch eine ausgesprochen miese Methode Gehör und Einfluss verschaffen will“. Das werde sich zu einem Bärenjagd für die neuen Bundesländer entwickeln. Ich zitiere ihn dann weiter: „Welche Investoren, welche Touristen werden bei einer solchen Sachlage nicht einen großen Bogen um die Regionen machen, denen sie sich ansonsten gern zuwenden würden.“ Nach den Wahlen in den beiden Bundesländern war

allgemein von einem „AfD“-Schock die Rede, was wohl auch zutrifft. Die Riesengewinne der AfD sind in den letzten Jahren erst extrem herangewachsen. Da frage ich mich, wo denn die zuwendungsfreudigen Investoren und Touristen vorher waren, jedenfalls nicht in den angesprochenen Regionen. Da muss man wohl nach den Ursachen suchen. Ich meine, dass da die etablierten Volksparteien mit anderen einflussreichen Gruppen, wie etwa der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur, nicht schon den „großen Bogen“ hätten machen dürfen. Da haben sie viel verpasst.

Josef Schliemann, 48163 Münster

Errata

Leider ist uns in der Ausgabe 3-2019 auf Seite 10 ein Fehler bei der Autorenvorstellung unterlaufen. Dr. Hans Schipper ist nicht Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimaforschung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), sondern Leiter des Süddeutschen Klimabüros am KIT. Wir bitten um Entschuldigung.

FÜR UNSERE GESUNDHEIT
MACHT KRANKENPFLEGERIN LUNA DIE NACHT ZUM TAG.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER

DURCH- GEHECKT!



CO₂

**Der Getränkekarton
mit besten Werten beim
Klimaschutz!**

Das belegt eine aktuelle
Ökobilanz nach UBA-Standard.

Mehr erfahren Sie unter
karton-natuerlich.de

Das Umweltbundesamt (UBA) empfiehlt den
Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch
vorteilhaften Getränkekartons.

**KARTON,
NATÜRLICH!**

 Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.